

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

Absender und Eingangsdatum	Inhalt	Abwägungsergebnis
1)  17.05.2018	Die Belange des Kreisstraßenbaus sind nicht betroffen.	
2)  22.05.2018	Keine weitere Verfahrensbeteiligung notwendig.	
3)  03.130  01.06.2018	Keine Einwendungen gegen die geplante Ausweisung.	
4)  09.400  21.06.2018	<p><b>„§ 3 Abs. 4 VO:</b> Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele (§§ 27ff WHG) für oberirdische Gewässer müssen zulässig sein (z. B. Unterhaltung der Gewässer). Es sollte hier eine Formulierung für eine Ausnahme mit aufgenommen werden.</p> <p><b>Vorschlag (Beispiel):</b> Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach den §§ 27ff WHG sind nach Zustimmung durch die Untere Naturschutzbehörde und</p>	Die nötige Freistellung befindet sich bereits in § 4 Abs. 7.

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde zulässig.</p> <p><b>§ 4 Abs. 5 Nr. 2 a VO</b></p> <p>Hier ist ein Mindestabstand zur Böschungskante der Meißer von 5 m Abstand gefordert. Nach § 38 Abs. 2 WHG ist bereits im Außenbereich ein Gewässerrandstreifen von 5 m gesetzlich vorgeschrieben. § 4 Abs. 5 Nr. 2a d. VO kommt einer Enteignung gleich.</p> <p>In § 3 Abs. 4 d. VO sind Bestimmungen enthalten, die im Wasserhaushaltsgesetz geregelt sind. Mit einer VO können nicht Regelungen eines Bundes- oder Landesgesetzes ausgehebelt werden. In der VO können jedoch z. B. gesetzliche Bestimmungen des WHG bzw. NWG als „Hinweis“ (z. B. Wiederholung des Gesetzestextes) aufgenommen werden.</p>	<p>Hierbei handelt es sich um einen naturschutzfachlichen Mindestabstand. Eigentlich wären 10 m erforderlich (vgl. einschlägige Leitfäden). Im Sinne der Verhältnismäßigkeit wird hier nur auf 5 m abgestellt.</p> <p>In § 3 Abs. 4 Nr. 1 wird ein Einvernehmensvorbehalt aufgenommen.</p> <p>In § 3 Abs. 4 Nr. 2 wird eingefügt: „über zum Zeitpunkt der Verordnungsgebung rechtmäßig genehmigte Mengen hinaus Wasser aus Fließ- oder Stillgewässern zu entnehmen ...“</p> <p>Die Unterhaltung des Gewässers und somit die Sicherung des Wasserabflusses ist mit Einschränkungen zulässig.</p>
5) 26.06.2018	<p>Da keine Flächen des Truppenübungsplatzes Bergen im geplanten LSG enthalten sind, bestehen gegen die Ausweisung der Flächen keine Einwände.</p>	

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

6) 06.07.2018	Belange der DFS bezüglich § 18 a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) werden nicht berührt. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig.	
7) 11.07.2018	<p>„Hinweise und Anregungen zum Verordnungsentwurf:</p> <p><b>Abteilung Naturschutz</b></p> <p>Die Darstellung der Landkreisgrenze auf der VO-Karte sollte verbessert werden, z.B. durch eine gut lesbare Strich-Punkt-Linie. Aktuell ist die Grenze (fast) nicht erkennbar.</p> <p>Zudem rege ich an bei § 2 Abs. 4 der Verordnungsentwurfes die LRTs in prioritäre (91D0 und 91E0) sowie in übrige (9190 und 3260) zu unterteilen.</p> <p><b>Abteilung Wasserwirtschaft</b></p> <p>Zu § 3 Abs. 4 Nr. 1 und 2: Diese Schutzbestimmungen sollten gestrichen werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der § 12 WHG regelt die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis und der Bewilligung,</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Schutzgebietsgrenze verläuft entlang der Kreisgrenze, weshalb eine Darstellung der Kreisgrenze irrelevant ist.</p> <p>Da die UNB für die Gewährleistung eines guten ökologischen Zustandes des LSG zuständig ist, muss die UNB im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten dafür Sorge tragen, dass der für das LSG existentiell bedeutsame Wasserstand nicht verringert wird. Dabei werden andere Prüfmaßstäbe angesetzt als nach dem</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Bewirtschaftungsermessen.</p> <p>Dementsprechend sind die Rechte Dritter geschützt und werden im Wasserrechtsverfahren geprüft. Das bezieht sich u. a. auf grundwasserabhängige Landökosysteme (siehe § 6 (1) Nr. 2 WHG). Die naturschutzrechtlichen Belange werden abgeprüft und berücksichtigt. Darüber hinaus gilt für das Grund- oder Oberflächenwasser das Verschlechterungsverbot in Menge und Güte.</p> <p>Das Aussprechen eines generellen Verbotes der Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser innerhalb und außerhalb des LSG ist aus o.g. Gründen nicht erforderlich und würde dem Wasserrecht zuwider laufen.</p> <p>Es wird außerdem gefordert, dass in Folge der vorgesehenen Beschränkungen der gesetzlichen Pflicht der Gewässerunterhaltung keine Verhinderung des Wasserabflusses und keine Anhebung der Wasserspiegellage verursacht werden darf. Dies könnte nachteilige Auswirkungen auf die Entwässerung von Flächen im Landkreis Celle haben.“</p>	<p>Wasserrecht. Eine Streichung ist daher ausgeschlossen.</p> <p>s.o., bestehende, rechtmäßige Erlaubnisse werden freigestellt.</p> <p>Der Wasserabfluss ist gem. § 4 Abs. 7 der VO gesichert. Eine zusätzliche Vernässung bedarf der wasserrechtlichen Genehmigung einschließlich hydrologischer Nachweise, so dass entsprechend die Rechte der Eigentümer im LK Celle gewahrt sind.</p>
<p>8) 11.07.2018</p>	<p>„Dies ist eine gemeinsame Stellungnahme der Jägerschaften Soltau und Fallingbostel. Im Rahmen der o. a. Beteiligung nehmen wir wie folgt Stellung: Eine effektive Sicherung dieses wertvollen Landschaftsteils „Thörener Bruch“ als Bestandteil des FFH-Gebietes „Meißendorfer Teiche und Ostenholzer Moor“ ist auch aus unserer Sicht erforderlich. Daher unterstützt die Jägerschaft Soltau grundsätzlich die Planungen des vorliegenden VO-</p>	

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Entwurfs.</p> <p>Dennoch möchten wir ein paar Anmerkungen dazu machen:</p> <p><input type="checkbox"/> § 2 „Prioritäre Lebensraumtypen–</p> <p>o Dort ist u. a. der LRT 9190 aufgeführt, der im Standarddatenbogen zum FFH – Gebiet nicht genannt wurde. Wir gehen davon aus, dass dies auf Grund neuerer Kartierungen erfolgte!? In diesem Zusammenhang sind hier ebenfalls eine Reihe von Arten genannt, die im Standarddatenbogen ebenfalls nicht genannt wurden. Sind diese Arten hier nachgewiesen?</p> <p>o Sicherung und „Entwicklung“ von Bechsteinfledermaus Sommer- und Winterquartieren: gibt es zur „Entwicklung“ bestimmte Vorstellungen?</p> <p>o Wertbestimmende Vogelarten nach Artikel 4 Abs. 2 Vogelschutzrichtlinie – hier Braunkehlchen: Auf Kosten welcher anderen Biototypen soll die „Wieder“ausdehnung der Grünlandbereiche erfolgen? Selbst ehemals mit Erle aufgeforstete Wiesen zeigen bei entsprechenden Landschaftswasserhältnissen rel. schnell den Übergang zum Erlen-Bruchwald. Es kämen aus unserer Sicht nur Acker- bzw. Nadel-Forstflächen in Betracht.</p> <p><input type="checkbox"/> § 3 Schutzbestimmungen–</p> <p>o (Abs. 5) Punkt 2: Es stellt sich die Frage, ob der Hinweis auf die ohnehin durch Gesetz geschützten Biotope in einer VO nicht überflüssig ist. Könnte aus unserer Sicht entfallen.</p> <p><input type="checkbox"/> § 4 Verbote–</p> <p>o Es sollte aus unserer Sicht überlegt werden, Drohnenüberflüge zur Wildtierrettung vor der Mahd von Wiesen generell von einem Überflugverbot auszuklammern</p>	<p>Die Vorkommen sind durch Kartierungen (vgl. Basiserfassung und Daten des NLWKN) nachgewiesen. Es handelt sich um FFH-LRT und schutzwürdige Arten, welche daher in den Schutzzweck aufgenommen werden müssen.</p> <p>Über die VO hinausgehende Entwicklungen werden in einem Managementplan benannt werden müssen.</p> <p>s.o.</p> <p>Wird aus Gründen des Tierschutzes berücksichtigt.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>oder im Begründungsteil dies als regelmäßigen „Befreiungstatbestand“ aufzuführen. Das Vorkommen von störungsempfindlichen Wiesenbrütern in diesem Raum ist uns nicht bekannt.</p> <p><input type="checkbox"/> Allgemeines:</p> <p>o Gewässerunterhaltung: Die meisten der vorkommenden Biotoptypen und deren Arteninventar hängen ganz wesentlich von stabil hohen Grundwasserständen ab. Wir hätten daher in der VO, in jedem Fall aber in der Begründung, deutlichere Angaben erwartet, wie die gewünschten Landschaftswasserhältnisse wieder hergestellt werden sollen. Für die Waldbereiche wurde das z. B. recht detailliert dargestellt. Hier erwarten wir noch „Nachbesserungen“.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird in einem Managementplan erst noch geklärt werden müssen.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

<p>8) 12.07.2018</p>	<p>„Es wird Einspruch gegen die durch die Schutzgebietsausweisung als Landschaftsschutzgebiet bedingten Beschränkungen der forst- und jagdwirtschaftlichen Flächen erhoben.</p> <p>Gemarkung Flur Flurstück Größe Engehausen 1 811 12,8 ha Engehausen 1 59/36 24,2 ha (anteilig betroffen sind ca. 2,3 ha Wald)</p> <p>Die neue Schutzgebietsverordnung zum Thörener Bruch stellt einen erheblichen Eingriff in unser Eigentum dar und geht weit über die Sozialpflichtigkeit hinaus. Wir sehen uns mit hohen finanziellen Einbußen konfrontiert, die in keinerlei Weise ausgeglichen werden. Zudem schränken uns die Auflagen der VO (Verordnung) in unserer freien Betriebsentfaltung und -entwicklung ein. Wir bezweifeln, dass bei dem VO-Entwurf die Verhältnismäßigkeit sowie die Wahl des mildesten Mittels ausreichend berücksichtigt wurden.</p> <p>Die geplante Schutzgebiets-VO geht teilweise deutlich über die EU-Forderungen, der staatlichen Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten, hinaus.</p> <p>Hier sei vor allen Dingen das Ziel der langfristigen Wiedervernässung der Flächen genannt. Wenn der</p>	<p>Nach einschlägiger Rechtsprechung gehen die Regelungen nach hiesiger Einschätzung nicht über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinaus.</p> <p>Das ist nicht der Fall. Die Regelungen entsprechen den für die vorkommenden Arten und LRT in Leitfäden dargelegten Inhalten bzw. bleiben teilweise dahinter zurück.</p> <p>Dies wird zu ggb. Zeit im Rahmen von</p>
--------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Wasserabfluss der Meiß, des Bruchgrabens und des Südkanals sowie der . Nebenbäche und -gräben nicht weiterhin gewährleistet wird, führt dies teilweise zum Totalverlust der urbar gemachten Flächen.</p> <p>Für die auferlegten Einschränkungen in der Bewirtschaftung der Flächen fehlen leider eine wirtschaftliche Folgenabschätzung sowie ein Anreiz für finanzielle Ausgleiche.</p> <p>Des Weiteren fordern wir das Gutachten der Kartierung an, da wir Zweifel an der Existenz der beschriebenen LRT(Lebensraumtyp) haben.</p> <p>Außerdem weisen wir darauf hin, dass bereits ein LSG, das „Westenholzer und Esseler Bruch“, existiert, das einen Grundschutz gewährleistet. Die von der EU geforderte Gebietsabgrenzung sowie die Erhaltungszustände der LRT müssten lediglich ergänzt werden.</p> <p>Unsere Einwände zu den einzelnen Paragraphen des VO-Entwurfs zum "Thörener Bruch": (Anmerkung: Sofern nicht anders benannt, beziehen sich die angegebenen Paragraphen auf den Entwurf der Verordnung (Stand: 09. 05.2018) über das LSG „Thörener Bruch")</p>	<p>wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren hydrologisch untersucht und geklärt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Gutachten kann nach dem UIG angefordert werden.</p> <p>Der Grundschutz des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ entspricht den Anforderungen an eine Sicherung der Natura 2000-Ziele nicht. Da das geplante LSG nur einen sehr kleinen Teil der Fläche des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ einnimmt wäre es unverhältnismäßig, alle weiteren Flächeneigentümer des bestehenden LSG mit einer Änderung und allen zugehörigen Nebenbestimmungen zu belasten.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p><b>Grundsätzlich:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Zu § 3 (4) Nr. 2: Eine Wasserentnahme zur Brandbekämpfung sollte jederzeit erlaubt sein.</li><li>• Zu § 3 (4) Nr. 4: Wie bereits oben beschrieben, sollte eine Unterhaltung und Instandsetzung bereits vorhandener Gräben oder Fließgewässer weiterhin uneingeschränkt und ohne zusätzliche Erlaubnis durch die Untere Naturschutzbehörde erlaubt sein. Eine entschärfte Formulierung gibt z. B. der NLWKN unter <a href="https://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura2000/downloads-zu-natura-2000-46104.html#volstDat-FFH">https://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura2000/downloads-zu-natura-2000-46104.html#volstDat-FFH</a>. Die Einschränkungen in der Gewässerunterhaltung könnten zum Totalverlust der urbar gemachten Fläche führen und das in § 2 (2) Nr. 9 als Schutzzweck definierte Ziel des Landschaftsbildes mit den offenen Flächen der Kulturlandschaft gefährden (die offenen Flächen sind elementar für Vogelarten).</li></ul> <p><b>Einschränkungen für die Jagd:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 4 (4) Nr. 1 c): Es sollte weiterhin generelle Verwendung bleihaltiger Munition ohne Einschränkungen/Bedingungen erlaubt sein, da deren vermeintlich schädliche Wirkung nicht bewiesen ist.</li></ul> <p><b>Einschränkungen für die Forstwirtschaft:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 2 (2) Nr. 3: Die Fichte gilt nicht als invasiv. Nach Aussage</li></ul>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Gewässerunterhaltung ist gem. § 4 Abs. 7 der VO freigestellt.</p> <p>Die teils tödliche Wirkung von bleihaltiger Munition auf Seeadler ist hinreichend wissenschaftlich belegt. Auch im Heidekreis sind bereits Seeadler an Bleivergiftungen gestorben. Die festgelegten Regelungen sind zumutbar, eine Änderung erfolgt daher nicht.</p> <p>Beide Arten neigen in dem betroffenen Naturraum zu starker Naturverjüngung und stellen damit ein Risiko für</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>des NLWKN: „Bewertung Erhaltungszustand FFH-Lebensraumtypen Niedersachsen - März 2012 (Korr. Feb. 2015)" im Aller-Weser-Flachland ist sie sogar lokal gebietsheimisch. Die Invasivität der Douglasie ist auf den dort vorkommenden Standorten ebenfalls nicht nachgewiesen (vgl. BfN-Skripten 352 (2013)).</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 2(4): Im Entwurf zu Schutzgebiets-VO stehen zwei nicht im Standarddatenbogen vorhandene LRT (3260 und 9190). Damit geht die VO über die Forderungen der EU hinaus und würde eine unnötige Mehrbelastung sowie wirtschaftliche Beeinträchtigung für uns bedeuten. ·</li><li>• § 4 (6) Nr. 1: Nach § 11 NWaldLG wird der Wald grundsätzlich ordnungsgemäß bewirtschaftet. Dieser Wortlaut sollte auch Bestandteil der Schutzgebiets-VO sein! Generelle Beschränkungen für jede Waldfläche im ausgewiesenen Gebiet und nicht nur auf die LRT bezogen, sind für uns nicht nachvollziehbar und gehen weit über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinaus.</li><li>• § 4 (6) Nr. 1 b): Die Unterhaltung und Instandsetzung bereits vorhandener Gräben sowie die Möglichkeit einer Bodenschutzkalkung sollten weiterhin erlaubt sein. Eine solche Einschränkung würde uns erheblich in der forstbetrieblichen Entwicklung beeinträchtigen.</li></ul>	<p>den Erhaltungszustand der LRT´s 9190, 91D0 und 91E0 dar.</p> <p>Der LRT 9190 wurde durch den NLWKN mit Schreiben vom 24.07.2016 als signifikantes Vorkommen ergänzt.</p> <p>Der Hinweis zu LRT 3260 wird berücksichtigt, weil es sich nach der Basiserfassung nur um ein Entwicklungsstadium handelt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. s.o.</p> <p>Die Gewässerunterhaltung ist nicht verboten und somit zulässig. Eine Kalkung würde die Bodenverhältnisse der schützenswerten Wälder erheblich verändern und beeinträchtigen, weshalb keine Änderung vorgenommen wird.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>• § 4(6) Nr. 1 d): Die Forderung geht zu weit, da z. B. der Unterschutzstellungserlass (2015) die Verwendung/Einbringung von 10-20 % nicht-lebensraumtypischer Baumarten bei künstlicher Verjüngung (s. auch Baumartenanteile in den Beschreibungen der einzelnen LRT) erlaubt.</p> <p>§ 4 (6) Nr. 1 e): Die Einschränkung des Zeitraums sowie eine vorherige Anzeige bei der Naturschutzbehörde sind nicht praxistauglich, da kurzzeitig trockene Phasen im Sommer teilweise keine andere Bewirtschaftung zulassen. Die Frist von 21 Tagen für die Einwände seitens der Naturschutzbehörde ist ebenfalls nicht praxistauglich, da stärkere Frostperioden nur einen sehr kurzen Zeitraum für die Holzernte ermöglichen.</p>	<p>Da die LRT zur Zeit nahezu frei von lebensraumfremden Hauptbaumarten sind, ergäbe sich durch die Zulassung von 10-20% Fremdholz eine naturschutzfachliche Verschlechterung sowie ein unzulässige Verschlechterung des Teilkriteriums der Baumartenzusammensetzung. Daher muss an dieser Stelle über den Walderlass hinausgegangen werden.</p> <p>Wie mit Erlass vom 16.07.2018 durch MU dargelegt, handelt es sich beim Unterschutzstellungserlass um Minimalstandards, deren Erweiterung im Einzelfall erforderlich sein kann und zulässig ist.</p> <p>Die Nutzung ist in der Zeit vom 01.09. – 28/29. 02. möglich. Im September ist erfahrungsgemäß nach trockenen Sommern die beste Befahrbarkeit verdichtungsempfindlicher Böden gegeben, weshalb eine Ausweitung des Erntezeitraums in die Brut- und Aufzuchtzeit sowie die Wochenstubenzeit nicht erforderlich ist. Zu Forstzeiten ist die Nutzung freigestellt.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<ul style="list-style-type: none"><li>• § 4 (6) Nr. 1 f): Ein generelles Verbot von Kahlschlägen widerspricht dem Grundsatz der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft nach § 11 NWaldLG. Des Weiteren benötigen Lichtbaumarten wie z. B. Kiefer, Erle und Eiche für eine erfolgreiche Verjüngung entsprechende Freiflächen (Verweis auf die Merkblätter der NLF, die als Orientierung zur Bewirtschaftung der einzelnen Baumarten dienen). Eine solche Einschränkung würde uns erheblich in der forstbetrieblichen Entwicklung beeinträchtigen.</li><li>• § 4 (6) Nr. 1 h): Der fehlende Wortlaut: [ ... ] „erkennbare“ Horstbäume ( ... ] stellt für uns eine unnötige Verschärfung in der Formulierung dar.</li><li>• § 4 (6) Nr. 1 i): Ein generelles Verbot von Pflanzenschutzmitteln ist aus unserer Sicht nicht praxistauglich, da u. a. in Forstkulturen (die zukünftig für unsere Bestände geplant sind) ggf. ein solcher Einsatz notwendig ist(z.B.: gegen Brombeere).</li><li>• § 4 (6) Nr. 1 j): Die geforderten Rückegassenabstände von 40 m würden für unseren Betrieb zu einem erheblichen Anstieg der Kosten bei der Holzwerbung führen und teilweise die Holzernte unrentabel machen. Die aktuellen Abstände von 20 m (gern. PEFCStandards) sollten daher beibehalten werden.</li><li>• § 4 (6) Nr. 2 b): Die dort genannte Einschränkung geht über die EU-Forderungen hinaus. Nach dem Unterschutzstellungserlass (2015) sind mindestens 10-20 % nicht-LRT-typische Baumarten erlaubt</li></ul>	<p>Das Verbot ist zur Wahrung der Habitatqualität erforderlich. Ausnahmen können im Einvernehmen zugelassen werden soweit der Schutzzweck des Gebietes gewahrt bleibt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Für Einsätze von Pflanzenschutzmitteln, welche der Gefahrenabwehr oder der Entwicklung des Gebietes dienen, kann die UNB das Einvernehmen erteilen.</p> <p>Auf befahrensempfindlichen Standorten, wie hier ggb. gibt es im vorliegenden Fall keinen Anlass, von den Mindestanforderungen des Walderlasses abzuweichen.</p> <p>s.o.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>(Fichte, Douglasie, Lärche, u. a.). Dies sollte auch als Teil in dieser VO berücksichtigt werden.</p> <p>§ 4 (6) Nr. 2 .d): Diese Einschränkung geht ebenfalls über die EU-Forderungen hinaus und entspricht einer Enteignung. Die EU-Forderung geht von mindestens 3 lebenden Altholzbäumen (im Erhaltungszustand B für die LRT 91 DO und 91 EO) aus (vgl. Unterschutzstellungserlass, Bewertung Erhaltungszustand der FFH-LRT vom NLWKN).</p> <p>Für uns ist es nicht akzeptabel, dass wir die Bekämpfung von nicht standortheimischen Pflanzen und Gehölzen durch die Naturschutzbehörde auf unseren Flächen dulden müssen. Dies wird dadurch verstärkt, dass unklares Vokabular benutzt wird und wir die Gefahr sehen, dass dies auch die Bekämpfung von Wirtschaftsbaumarten wie Fichte (nach dem NLWKN gebietsheimisch), Kiefer, Lärche oder Douglasie bedeuten könnte. Zudem stellt so eine beschriebene „Bekämpfung“ u. U. einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar und wirkt dem Grundsatz eines LSG komplett entgegen. Des Weiteren stellt sie auch einen Widerspruch zum Ziel der Nutzung von Naturverjüngung dar.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 6 (1) Nr. 1: Das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung des LSG und seiner Wege sowie insbesondere zur weiteren Information über das LSG wird hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht an potentiell ausgewiesenen Wegen abgelehnt.</li></ul> <p>Eine explizite Ausweisung würde unseren Betrieb zu einer</p>	<p>Der Einwand berücksichtigt nicht, dass das LSG der Erhaltung und Entwicklung von Lebensräumen der Bechsteinfledermaus dient und somit 6 lebende Alt- und 2 Totholzbäume zu erhalten sind. Dieses Erfordernis ergibt sich daher nicht aus dem Schutz des LRT-Schutzes und geht nicht über die Festlegung des Walderlasses hinaus.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>verschärften Verkehrssicherungspflicht zwingen, was wiederum eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung darstellt.</p> <p>Aufgrund fehlender Definitionen bitten wir um eine Erläuterung folgender Begrifflichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Nicht standortheimische Gehölze</li><li>• Gebietsfremde Pflanzen- und Gehölzarten</li><li>• Teilweise invasive Pflanzen und Gehölzarten</li><li>• Futterplätze</li><li>• Natur- und landschaftsgerechte Forstwirtschaft</li><li>• Standortheimische Arten</li><li>• Schützenswerte Lebensräume“</li></ul>	<p>Siehe Begründung.</p>
<p>10) 13.07.2018</p>	<p>„Bei meiner betroffenen Fläche Gemarkung Essel, Flur 18, Flurstück 29/8 geht es um ein direkt an der Meißel liegendes Grundstück, welches im Sinne ordnungsgemäßer Landwirtschaft als Ackerland benutzt wird. Ein Agrarantrag u.a. zur Erhaltung des Ackerlandes wird jährlich gestellt.</p> <p>1) In Ihrem Verordnungsentwurf verweisen Sie unter §4 (5) Landwirtschaft Absatz 2 für die Ackernutzung auf eine Darstellung in einer „maßgeblichen Karte“. In der mir vorliegenden Karte ist diese Fläche nicht als Ackerland dargestellt. Als Grundlage ist damit von einem entscheidenden Fehler auszugehen. Die langjährige Nutzung als Ackerland und der damit verbundene Status ist einfach bei der Landwirtschaftskammer zu erfragen/zu überprüfen. Bitte befassen Sie sich mit diesem Punkt und ändern</p>	<p>Ausweislich der Ergebnisse der FFH-Basiserfassung und des FFH-Monitorings aus den Jahren 2004 und 2007 handelt es sich bei dem betroffenen Flurstück um Intensivgrünland. Auch die vorliegenden Luftbilder aus den Jahren 2004,2009 und 2015 weisen eindeutig eine Grünlandnutzung auf. Lediglich im Jahr 2013 ist ein Umbruch zu verzeichnen, welcher auch der Grünlandneuansaat gedient haben kann und keine</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>die Karte in der Darstellung auf die tatsächliche Nutzung ab, da sie mir hier ansonsten einen Vermögensschaden erzeugen, den ich so nicht hinnehmen kann.</p> <p>2) Mit einer Forderung von Abstandsauflagen für Ackerland (genannt 5m ab Böschungsoberkannte „Keine Nutzung als Ackerland“ greifen Sie in mein Eigentum ein, da die Grenze die Böschungsoberkannte darstellt und bisher bis hieran das Ackerland ordnungsgemäß bewirtschaftet wird. Aufgrund der Länge der Fläche ist der Eingriff sogar erheblich. Ihre Einschränkung erkenne ich mit Gedanken aus dem Wasserhaushaltsgesetz. Nach dem geltenden Fachrecht sind solche einschränkenden Bestimmungen entschädigungspflichtig. Bitte ziehen Sie die Grenze der Nutzung auf die Grundstücksgrenze zurück.</p> <p>3) Unter §4 (5) Landwirtschaft Absatz 1a) fordert die Verordnung eine Ausbringung von flüssigen organischen Wirtschaftsdüngern mit Schleppschläuchen. Derzeit ist eine Ausbringung mit Pralltellern im Sinne einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft möglich. In meinem Betrieb bringe ich die Gülle mit Prallteller selbst aus. Aufgrund der Entfernung zu der oben benannten Fläche wäre eine Düngung nicht mehr möglich, bzw. würde Mehrkosten durch den Einsatz eines Lohnunternehmers mit</p>	<p>Ackernutzung belegt. Folglich ist die Fläche aktuell als faktisches Grünland einzuschätzen. Dem Eigentümer wird vor Beschlussfassung die Möglichkeit eingeräumt, seine Darstellung zu beweisen.</p> <p>Der Abstand ist mit Verweis auf die Begründung erforderlich. Es wird jedoch unter Berücksichtigung der Wahrung der Verhältnismäßigkeit ein Pflegeschnitt zugelassen.</p> <p>Aus Ausbringung von Düngern mit Schleppschläuchen ist gängige Praxis in der landwirtschaftlichen Nutzung. Die Ausbringung ist durch einen Lohnunternehmer möglich, wenn der Betrieb nicht selber über das Gerät verfügt. Unter Gegenrechnung der anfallenden und er eingesparten Betriebskosten erscheint die Nebenbestimmung zumutbar. Es wird dennoch zur Schadensminimierung in Anlehnung an die Düngeverordnung eine Übergangsfrist bis 01.01.2025</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	erhöhten Kosten nach sich ziehen. Auch hier fügen Sie mir einen Vermögensschaden zu.“	eingeräumt.
11) 13.07.2018	<p>„§ 2 Schutzzweck</p> <p>(2) Besonderer Schutzzweck für das LSG ist</p> <p>zu 3. Die Bewirtschaftung der privaten Forstflächen orientiert sich heute darauf, standortgerecht Waldbestände zu etablieren und zu bewirtschaften. Darüber hinausgehende Schutzzwecke der eigendynamischen Entwicklung oder der Entnahme von Gehölzarten sind Entscheidungen, die dem Waldbesitzer vorbehalten bleiben müssen. Entsprechende Hinweise fehlen leider sowohl in der Verordnung als auch in der Begründung. Wir erwarten insofern entsprechende Erläuterungen, die zum Ausdruck bringen, dass das private Grundeigentum respektiert wird.</p> <p>Gleiches gilt für die Positionen 4., 5. und 6. – diese Umwandlungs- und Entwicklungsziele sind mit einer marktorientierten Landwirtschaft kaum zu vereinbaren und setzen langfristig angelegte Vereinbarungen auf freiwilliger vertraglicher Basis voraus.</p> <p><b>§ 3 Schutzbestimmungen</b></p> <p>(3) Erholungsnutzung</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Sinne der Gleichbehandlung kann eine Handlung,</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>zu 4. Auszunehmen von der Untersagung sind hier auch Feldrundfahrten landwirtschaftlicher Organisationen, die seit Jahrzehnten traditionell durchgeführt werden.</p> <p>Sofern naturkundliche Führungen durchgeführt werden, sind diese auf nicht öffentlichen Flächen zuvor mit den Grundeigentümern abzustimmen.</p> <p>6. Die Nutzung unbemannter Luftfahrtsysteme (Drohnen, Multicopter) sollte den Bewirtschaftern der Flächen zum Zweck von Ertragskartierungen, der Ermittlung von Wildschäden und dem Aufspüren von Jungwild vor der Mahd ausdrücklich gestattet bleiben.</p> <p>(4) Wasser- und Gewässerschutz</p> <p>2. Die Entnahme von Grundwasser zur Beregnung aus vorhandenen Beregnungsbrunnen einschließlich der ggf. notwendigen Erneuerung solcher Brunnen und Pumpen sowie Zuleitungen ist freizustellen.</p> <p>6. Soweit Drainagen vorhanden sind und diese erneuert werden müssen, ist die Erneuerung der Drainagen</p>	<p>welche potenziell erhebliche Störwirkung auf die Fauna haben kann, nicht generell von den Verboten freigestellt werden, auch dann nicht, wenn es sich um eine traditionelle Nutzung handelt. Es wird jedoch ein Einvernehmensvorbehalt aufgenommen, um unschädliche Veranstaltungen zulassen zu können.</p> <p>Dies obliegt nicht der Regelung einer Schutzgebietsverordnung.</p> <p>s.o.</p> <p>Freigestellt sind rechtmäßig genehmigte Brunnen. Eine Änderung ist daher nicht erforderlich.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>freizustellen.</p> <p>(5) Flächennutzung und Biotopschutz</p> <p>5. Das pauschale Verbot, der Einbringung gentechnisch veränderter Organismen aufgrund unbewiesener Verdachtsmomente zu untersagen, manifestiert u. E. eher ideologische Aspekte. Die Anwendung gentechnisch veränderter Organismen unterliegt in Deutschland derart strengen Vorgaben, dass ein generelles Verbot in einem LSG unnötig erscheint.</p> <p>7. Die Einschränkungen sollten sich auf nicht standortgerechte Arten beschränken.</p> <p>8. In dem Gebiet tritt wiederkehrend erheblicher Wildschaden durch Schwarzwild auf. Wir gehen davon aus, dass die Behebung von Wildschäden mit technischen Hilfsmitteln wie Pflug, Kreiselegge, Fräse, etc., nicht als Veränderung des Bodenreliefs bewertet wird, anderenfalls ist hierzu eine entsprechende Regelung zur Freistellung bei der Behebung von Wildschäden aufzunehmen.</p> <p>§ 4 Freistellungen</p> <p>(1) Allgemein freigestellt sind 2. und 3.</p>	<p>Die naturschutzfachlichen Auswirkungen sind einzelfallabhängig zu betrachten. In besonderen Einzelfällen können Befreiungen erteilt werden.</p> <p>Es geht explizit um die genannten Arten, weshalb keine Anpassung erfolgt.</p> <p>Da die landwirtschaftliche Nutzung auf Grünland freigestellt ist und kein Verbot des Eggens oder der Neuansaat umfasst, besteht kein Konflikt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thöreener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Das Betreten und Befahren durch Bedienstete der Naturschutzbehörde und anderer öffentlicher Stellen sollte den Grundeigentümern vor dem Betreten angezeigt werden. Darüber hinaus sollten Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung sowohl im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde als auch zwingend im Einvernehmen mit den Grundeigentümern vorgenommen werden können.</p> <p>(5) Landwirtschaft</p> <p>1. landwirtschaftliche Nutzung</p> <p>Die landwirtschaftlichen Betriebe im Gebiet bewirtschaften ihre Nutzflächen nahezu flächendeckend mit eigener Technik. Hierbei werden nach wie vor Güllefässer mit Pralltellern eingesetzt. Vor dem Hintergrund der Betriebsstrukturen sollte diesen Betrieben, eine Übergangsfrist zur vorübergehenden Nutzung der eigenen Technik eingeräumt werden.</p> <p>U. E. ist die Ausbringung von stickstoff- und phosphathaltigen Düngemitteln durch das landwirtschaftliche Fachrecht hinreichend geregelt. Auf den eher feuchten Standorten im Gebiet ist die Ausbringung auf oberflächlich angetauten, jedoch ansonsten gefrorenen Böden, gem. Fachrecht dringend erforderlich.</p> <p>e) Soweit im eigenen Betrieb bzw. aus Betrieben, mit denen</p>	<p>s.o.</p> <p>Da die UNB die Sicherstellung der Natura 2000-Ziele eigenständig gewährleisten und sicherstellen muss, ist hier eine eigene Regelung erforderlich.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Kooperationen bestehen, Geflügelmist anfällt, sollte auch dieser auf den Flächen ausgebracht werden dürfen.</p> <p>2. Die uns vorliegende Karte entspricht bzgl. der Ackernutzung nicht dem Stand der tatsächlichen Nutzung. Insbesondere die Fläche zwischen der Meiße und dem Südgraben bis östlich an den Gummiweg grenzend, befindet sich in ackerbaulicher Nutzung. Inwieweit dies auch für die als Grünland kartierten Flächen südlich der Meiße gilt, bleibt zu ermitteln. Wir gehen davon aus, dass die maßgebliche Karte sich an den tatsächlichen Nutzungen orientiert und entsprechend überarbeitet wird.</p> <p>Durch den Mindestabstand der Bewirtschaftung zur Böschungsoberkante der Meiße verlieren die Landwirte im Einzelfall mehrere 1.000 m<sup>2</sup> landwirtschaftliche Nutzfläche ohne Ausgleich – dies ist in der Form nicht akzeptabel. Ausgleichsloser Flächenentzug entspricht im Zuge der Unterschutzstellung nicht der Regel, das mildeste Mittel anzuwenden. Diese Vorgabe ist insofern zurückzunehmen!</p> <p>Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass Landwirte in Teilen Programme, z. B. ein Uferrandstreifenprogramm, durchführen. Im Zuge dieser Programme sind die Bewirtschafter an Laufzeiten von 5 Jahren gebunden. Sollte ein Mindestabstand in der Verordnung vorgeschrieben werden, so sind mindestens Übergangsfristen zu vereinbaren und mit den Bewirtschaftern abzustimmen, um nicht weitere</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Daten beruhen auf den Monitoringfassungen 2004 und 2007, welche für die Sicherung maßgeblich sind. Durch die UNB wurden die Daten im Gelände im Frühjahr 2018 hinsichtlich der Aktualität überprüft.</p> <p>S.O.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>finanzielle Nachteile durch ggf. eingeleitete Rückforderungen von Zahlungen aus Programmen auszulösen.</p> <p>3. Sowohl der Pflegeumbruch als auch eine, zumindest geringfügige Veränderung des Bodenreliefs, sind vor dem Hintergrund der Wildschäden gelegentlich erforderlich und sollten ausdrücklich freigestellt werden.</p> <p>(6) Forstwirtschaft</p> <p>1.</p> <p>Die Entwässerung der Forststandorte muss weiterhin möglich bleiben.</p> <p>und d) Der Begriff <i>standortheimisch</i> ist durch <i>standortgerecht</i> zu ersetzen. Nadelholzanteile sollten bei Neuanpflanzung und Aussaat anteilig zugelassen werden.</p> <p>e) Die boden- und vegetationsschonende Holzentnahme ist im Gebiet witterungsabhängig. Sie kann in lang anhaltenden Phasen starken Frostes oder in langanhaltenden Phasen der Trockenheit gelingen. Ergeben sich solche Zeitfenster, sind kurzfristig Entscheidungen zu treffen. Insofern ist die Frist von 21 Tagen bzgl. möglicher Einwände der Naturschutzbehörde nicht praxistauglich.</p> <p>Um auch eine Sommertrockenphase zur Holzentnahme nutzen zu können, sollte das Zeitfenster entsprechend</p>	<p>s.o.</p> <p>Im bisherigen Umfang bleibt die Entwässerung zulässig.</p> <p>s.o. Dies würde eine Verschlechterung des aktuellen Zustandes bedeuten und ist daher nicht möglich.</p> <p>Im Winter ist die Ernte unbeschränkt möglich. Im Spätsommer ist eine Ernte ab 01.09. und somit in Zeiten von Sommertrockenheit möglich. Eine Fristverkürzung ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>erweitert werden.</p> <p>f) Kahlschläge sollten ggf. mit Einschränkungen möglich bleiben.</p> <p>h) Der Begriff Horstbäume sollte u. E. um den Begriff <i>erkennbare oder genutzte</i> Horstbäume ergänzt werden.</p> <p>i) Hier ist u. E. mit den Forstfachbehörden zu klären, in welchen Fällen die Naturschutzbehörde ihr Einvernehmen erteilen muss und, mit welcher Frist dies geschehen muss. Weiterhin ist zu betrachten, ob und, mit welchem Aufwand Alternativen zum Pflanzenschutz überhaupt zu realisieren ist.</p> <p>2.</p> <p>b) Hierbei sollten auch Anteile standortgerechter Baumarten zugelassen werden.</p> <p>Vor dem Hintergrund, dass es sich in großen Teilen um Erlenbestände handelt, ist die Einschränkung u. E. entbehrlich <i>„sowohl Alt- als auch Totholzbäume werden sich im Gebiet in ausreichender Zahl finden und sollten nicht je Hektar gezählt werden.“</i></p> <p>(7) Gewässerunterhaltung</p> <p>Bzgl. der Gewässerunterhaltung ist sicherzustellen, dass die Unterhaltung weiterhin dazu führt, dass die land- und</p>	<p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>forstwirtschaftlichen Flächen uneingeschränkt bewirtschaftbar sind. Wiederkehrendes Versagen der Unteren Naturschutzbehörde darf nicht zu einer Verschlechterung der Entwässerungsleistung führen.</p> <p>(8) Baum- und Heckenpflege</p> <p>Ganz offensichtlich soll in den Schutzgebietsverordnungen im Heidekreis bzgl. der Baum- und Heckenpflege ein Standort etabliert werden, der in der praktischen Umsetzung zu erheblichen Mehrbelastungen führt.</p> <p>Sowohl die auf kurzer Distanz abschnittsweise vorgesehene Pflegemaßnahme als auch das generelle Verbot von schlegeln und mulchen führt zu Mehrkosten, die einseitig zu Lasten der Eigentümer gehen und in dieser Form nicht akzeptabel sind.</p> <p>Abschließend erlauben wir uns einen Hinweis auf die Verhältnismäßigkeit einer Schutzgebietsverordnung, die sich aus ihrer Begründung zur Verordnung 3. Schutzbestimmungen unter Nr. 7. ergibt. Erfreulicherweise haben Sie sich hier mit der Ausbildung von Jagdhunden befasst und kommen zu dem Ergebnis, dass es eine unbeabsichtigte Härte wäre, wenn der Jagdausübungsberechtigte den eigenen Hund nicht im eigenen Revier ausbilden darf. Dieser Auffassung stimmen</p>	<p>Eine andere Form der Bewirtschaftung widerspräche den Zielen der Vogelschutzrichtlinie, in dem durch radikale Rückschnitte der Lebensraum „Hecke“ fehlt. Bei jährlichem Rückschnitt fehlt Blüh- und Fruchtholz als Nahrungsgrundlage. Schlegeln und Mulchen stellt einen unsachgemäßen und nachhaltigen Schaden an Gehölzen dar, der nicht toleriert werden kann.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>wir uneingeschränkt zu!</p> <p>Wir würden uns freuen, wenn Sie den Verordnungsinhalt an der einen oder anderen Stelle dahingehend überprüfen würden, ob daraus unbeabsichtigte Härten erwachsen. Z. B. dann, wenn durch Flächenentzug an der Meiße einem Landwirt durch Bewirtschaftungsversagung mehrere 1.000 m<sup>2</sup> in einem Gegenwert von ca. 15.000 € verloren gehen.</p> <p>Behalten Sie bei der Würdigung unserer Stellungnahme den Aspekt der unbeabsichtigten Härte gegenüber Land- und Forstwirten im Auge!“</p>	
<p>12) 13.07.2018</p>	<p>„Fachbehördliche Stellungnahme</p> <p>Ich empfehle in der gesamten Verordnung dort wo Arten genannt werden, die wissenschaftlichen Artnamen zu ergänzen, damit die Bezeichnungen eindeutig sind.</p> <p>Landschaftsschutzgebiet</p> <p><b>§ 1 Abs. 2</b></p> <p>Ich empfehle, das Gebiet deutlich ausführlicher zu beschreiben, beispielsweise mit der naturräumlichen Einheit sowie dem Charakter des Gebietes. Ferner weise ich darauf hin, dass sich Satz 2 mit den Angaben in Abs. 4 deckt und</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

	<p>daher unnötig ist.</p> <p><b>§ 1 Abs. 4</b></p> <p>Ich empfehle, hier die europaweit einheitliche Bezeichnung der FFH-Gebiete „DE 3224-331“ und Vogelschutzgebiete „DE 3224-401“ zu ergänzen.</p> <p><u>Schutzzweck</u></p> <p><b>§ 2 Abs. 2 Nr. 2</b></p> <p>Ich empfehle, auf den Zusatz „<i>entwässerter Standorte</i>“ in Bezug auf Erlenwälder zu verzichten, denn Ziel sollte in den Niedermoorbereichen die Wiederherstellung möglichst naturnaher hydrologischer Verhältnisse und die Entwicklung dieser Wälder zu Bruchwald sein.</p> <p><b>§ 2 Abs. 2 Nr. 5</b></p> <p>Naturschutzfachlich wünschenswert wäre zudem eine Umwandlung der zahlreich entlang der Meiße vorhandenen Ackerflächen in Grünland, um Nährstoff- und Pflanzenschutzmitteleinträge in das Gewässer zu reduzieren. Dies wäre auch in Übereinstimmung mit der unter Punkt 1 genannten naturnahen Entwicklung der Meiße und ihrer Ufer, auch als Lebensraum der unter Punkt 7 sowie in Abs. 4 genannten Tierarten, anzustreben.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------

	<p><b>§ 2 Abs. 2 Nr. 9</b></p> <p>Ich weise darauf hin, dass das Landschaftsbild als Schutzzweck festgelegt wird, dieses jedoch an keinem Punkt in der Verordnung beschrieben wird (siehe auch Anmerkung zu § 1 Abs. 2).</p> <p><b>§ 2 Abs. 4</b></p> <p>Ich schlage vor die Formulierung von Satz wie folgt zu ändern: „<i>Erhaltungsziele für das Natura 2000-Gebiet sind weiterhin [...]</i>“. Dies würde die Lesbarkeit erhöhen und die Doppelung der Formulierung „besonderer Schutzzweck“ in Abs. 2 und 4 unnötig machen.</p> <p>Ferner empfehle ich, bei den einzelnen Lebensraumtypen jeweils einige Beispiele tatsächlich in diesem Gebiet vorkommender charakteristischer Arten zu nennen sowie bei den Wald-LRT jeweils die Formulierung „<i>mit lebensraumtypischen Baumarten</i>“ zu verwenden, um die Formulierungen innerhalb der Verordnung einheitlich sowie erlasskonform zu gestalten</p> <p><u>LRT 3260</u>: Ich weise darauf hin, dass die Meißle laut Basiserfassung mit Erhaltungszustand E im LRT 3260 kartiert wurde. Damit liegt hier kein Lebensraumtypstatus vor und der LRT 3260 ist in diesem Gebiet nicht signifikant.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Sind benannt.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Zudem findet sich dieser LRT auch nicht im Standarddatenbogen. Ein Erhaltungsziel ist somit nicht zu formulieren.</p> <p><u>LRT 9190:</u> Da es sich bei der Teichfledermaus um eine Art der Wasserlebensräume handelt, welche für diesen LRT nicht charakteristisch ist, empfehle ich diese hier nicht zu nennen.</p> <p>Stattdessen sollten die hier nach Gutachten (Myotis 2016) vorkommenden Arten Fransenfledermaus (<i>Myotis nattereri</i>), Große Bartfledermaus (<i>Myotis brandtii</i>) und Braunes Langohr (<i>Plecotus auritus</i>) aufgeführt werden. Zu einem Vorkommen des Kleinen Abendseglers liegen der FfN keine Erkenntnisse vor.</p> <p><u>LRT 91D0:</u> Ich empfehle die Formulierung dieses Erhaltungsziels wie folgt anzupassen: „<i>als naturnahe torfmoosreiche Birken und Birken-Kiefern-Bruchwälder mit Übergängen zu Erlen- bruchwäldern[...]</i>“. Als charakteristische Arten könnten hier u.a. <i>Calamagrostis canescens</i>, <i>Agrostis canina</i> und Torfmoose genannt werden.</p> <p><u>LRT 91E0:</u> Ich empfehle die Formulierung dieses Erhaltungsziels wie folgt anzupassen: „<i>als naturnahe, feuchte bis nasse Erlen-, Eschen- und Weidenauwälder aller Altersstufen in der Aue der Meißer mit Übergängen zu/ im</i></p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p><u>Komplex mit Erlenbruchwäldern</u> [...]“. Als charakteristische Art könnte hier die Teichfeldermaus (<i>Myotis daubentonii</i>) genannt werden.</p> <p><u>Fischotter</u>: Ich empfehle, den dritten Spiegelstrich wie folgt zu ergänzen: „[...] oder <u>Reusenfischerei sowie die Entwicklung von Wanderkorridoren entlang der Fließgewässer (z.B. Gewässerrandstreifen) im Sinne des Biotopverbunds zur Verbesserung des Populationsaustausches mit angrenzenden Fischottervorkommen.</u>“</p> <p><u>Teichfledermaus</u>: Ich empfehle aufgrund der nur teilweise vorhandenen Habitatstrukturen, hier besser von einem <u>Teillebensraum</u> anstatt „einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population“ auszugehen. Die Teichfledermaus ist eine wassergebunde (Jagd) und gebäudegebundene (Reproduktion) Art. Sie überwintert in z. B. in Höhlen, Stollen, Bunkern oder Kellern.</p> <p>Höhlenbäume sind lediglich als Paarungsquartiere und als Tagesquartier interessant. Ein Erhaltungsziel „Winterquartier“ erscheint daher für dieses Gebiet nicht sinnvoll, da die entsprechenden Strukturen nicht gegeben sind. Zudem jagt die Art ausschließlich über größeren Stillgewässern und langsam fließenden, größeren Fließgewässern. Die Jagdgebiete befinden sich i.d.R. nicht im Wald, es sei denn, dort befindet sich ein solches Gewässer. Daher empfehle ich die Formulierung des zweiten</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Spiegelstriches entsprechend anzupassen. (Für weitere Hinweise siehe auch die Empfehlungen des BfN unter <a href="https://ffh-anhang4.bfn.de/arten-anhang-iv-ffh-richtlinie/saeugetiere-fledermaeuse/teichfledermaus-myotis-dasychneme/erhaltungsmassnahmen.html">https://ffh-anhang4.bfn.de/arten-anhang-iv-ffh-richtlinie/saeugetiere-fledermaeuse/teichfledermaus-myotis-dasychneme/erhaltungsmassnahmen.html</a>)</p> <p><u>Bechsteinfledermaus:</u> Ich weise darauf hin, dass die Datenlage zum Vorkommen der Bechst- einfledermaus sich auf wenige akustische Nachweise (Myotis 2016) beschränkt. Bei dieser akustisch schwer zu bestimmenden Art sind solche Nachweise unter Vorbehalt zu betrachten. Ich empfehle zudem, die unter dem zweiten Spiegelstrich aufgeführten Angaben der Formulierung des Walderlasses anzupassen, wo von Stückzahlen und nicht Festmetern ausgegangen wird.</p> <p><u>Schlammpeitzger:</u> Ich weise darauf hin, dass hier die Flussaue der Aller genannt wird, diese jedoch gar nicht durch das Gebiet verläuft. Hier sollte wohl die Meißer gemeint sein.</p> <p><u>Grüne Keiljungfer:</u> Ich empfehle den ersten Spiegelstrich wie folgt zu ergänzen: „<i>Erhaltung und Förderung naturnaher, besonderer Fließgewässer mit stabiler, feinsandig-kiesiger Gewässersohle und Flachwasserbereichen, mit vegetationsfreien Sandbänken und hoher Gewässergüte als Lebensraum der Libellen-Larven</i>“.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Unter Spiegelstrich drei empfehle ich, den Begriff „<i>Feinsedimente</i>“ anstatt „<i>Bodenpartikel</i>“ zu verwenden und die Formulierung „[...] <i>in die Fortpflanzungsgewässer, um eine Schlamm- bildung zu vermeiden</i>“ zu ergänzen.</p> <p>Ferner empfehle ich, als vierten Spiegelstrich folgende Formulierung aufzunehmen: „<i>Erhalt und Förderung einer strukturreichen Gewässerumgebung als Jagdlebensraum</i>“.</p> <p><u>Schutzbestimmungen</u></p> <p><b>§ 3 Abs. 1</b></p> <p>Ich weise darauf hin, dass ein Umgebungsschutz für Landschaftsschutzgebiete durch § 26 Abs. 2 BNatSchG nicht vorgesehen ist. Die dortige Formulierung „<u>In</u> einem Landschaftsschutzgebiet [...]“ beschränkt den Geltungsbereich von Schutzbestimmungen, im Gegensatz zum Naturschutzgebiet, räumlich auf Flächen innerhalb des Schutzgebietes (vgl. auch Blum, Agera (2018): Niedersächsisches Naturschutzrecht. Kommentar, § 19 Rdnr. 58).</p> <p>Um einen Umgebungsschutz zu gewährleisten, muss daher alternativ entweder die Schutzgebietsabgrenzung erweitert werden, um einen Puffer für die besonders empfindlichen Bereiche zu schaffen oder die Schutzgebietskategorie „Naturschutzgebiet“ gewählt werden, welche einen</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Hier wird sich auf den Text des § 33 BNatSchG bezogen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Umgebungsschutz erlaubt.</p> <p>Ferner weise ich darauf hin, dass § 26 Abs. 2 BNatSchG keinen Auffangtatbestand darstellt und in einer LSG-Verordnung getroffene Verbote eine abschließende Aufzählung darstellen. Darüber hinaus müssen sich repressive Verbote in einem LSG, anders als in einem NSG, aus dem Schutzzweck ableiten und begründen lassen (vgl. auch Blum, Avena (2018): Niedersächsisches Naturschutzrecht. Kommentar, § 19 Rdnr. 57 und Rdnr. 70-73).</p> <p><b>§ 3 Abs. 4 Nr. 2</b></p> <p>Die hier getroffene Regelung ist insbesondere im Hinblick auf die LRT 91E0 und 91D0 naturschutzfachlich sinnvoll, da eine Entwässerung eine wesentliche Gefährdung für diese LRT bedeutet. Jedoch ist in einer LSG-Verordnung der enthaltene Umgebungsschutz nicht zulässig (siehe oben), daher halte ich auch aus diesem Grund ein Naturschutzgebiet für das geeignetere Instrument zur Sicherung dieses Gebietes.</p> <p><b>§ 3 Abs. 4 Nr. 2</b></p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht empfiehlt sich, an dieser Stelle die Möglichkeit einer Umgestaltung von Gewässern und ihrer Ufer im Sinne einer Renaturierung in Abstimmung</p>	<p>Ist gegeben.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------



Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>lassen, so ist auch aus diesem Grund ein LSG für dieses Gebiet nicht das geeignetste Schutzinstrument.</p> <p><b>§ 3 Abs. 5 Nr. 2</b></p> <p>Ich weise darauf hin, dass diese Regelung unnötig ist, da sie bereits im gesetzlichen Biotopschutz gemäß § 30 BNatSchG enthalten ist.</p> <p><b>§ 3 Abs. 5 Nr. 3</b></p> <p>Ich weise darauf hin, dass die hier aufgeführten Landschaftselemente Hecken, Baumreihen, Feldgehölze, Ruderalfluren und Weidengebüsche nicht im Schutzzweck dieser Verordnung benannt werden. Repressive Verbote einer LSG-Verordnung müssen sich jedoch nach gängiger Rechtsauffassung aus dem besonderen Schutzzweck ableiten lassen (siehe Blum, Agena (2018): Niedersächsisches Naturschutzrecht. Kommentar, § 19 Rdnr. 57). Daher empfehle ich, entweder diese Elemente explizit im Schutzzweck zu erwähnen oder diese Regelung entsprechend anzupassen.</p> <p><b>§ 3 Abs. 5 Nr. 6</b></p> <p>Die naturschutzfachlich empfohlenen Fallen weisen ein <u>Otterschutzkrenz</u> mit maximalem Durchmesser von <u>8,5 cm</u> auf.</p>	<p>Der Regelungsbedarf ergibt sich aus dem Schutzzweck des Landschaftsbildes und im Besonderen aus dem Schutzzweck der genannten Vogelarten, für deren Lebensraum die Erhaltung der Strukturvielfalt durch Hecken, Baumreihen, Feldgehölze als Brut- und Nahrungshabitat essentiell ist.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p><u>Freistellungen</u></p> <p><b>§ 4 Abs. 2 Nr. 3</b></p> <p>Ich weise darauf hin, dass die gewählte Formulierung zu unbestimmt ist und empfehle daher den „<i>bisherigen Umfang</i>“, sollte er nicht irgendwo genau dokumentiert sein, zumindest in der Begründung eingehend zu beschreiben.</p> <p><b>§ 4 Abs. 4</b></p> <p>Ich weise darauf hin, dass aufgrund der getroffenen Einschränkungen der Jagd zwingend das Einvernehmen mit der Unteren Jagdbehörde herzustellen ist und § 9 Abs. 4 NJagdG in die Präambel der Verordnung aufzunehmen ist.</p> <p><b>§ 4 Abs. 5 Nr. 2</b></p> <p>Ich empfehle, hier explizit die Umwandlung von Acker in Grünland freizustellen (siehe auch Anmerkung zu § 2 Abs. 2 Nr. 5) sowie Umbruch, Düngung und Einsatz von Pflanzenschutz- mitteln auf dem Uferrandstreifen auszuschließen.</p> <p><b>§ 4 Abs. 6</b></p> <p>In den forstwirtschaftlichen Regelungen fehlen erhebliche Teile der Vorgaben des Walderlasses, so zum Beispiel die Vorgaben aus Anlage B.I.3., B.I.12., B.II.1.b) (teilweise),</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>B.II.2.a) (teilweise). Ich empfehle dringend, diese zu ergänzen.</p> <p>Ferner empfehle ich, die jeweiligen lebensraumtypischen Baumarten und Hauptbaumarten zumindest in der Begründung genau zu benennen.</p> <p><b>§ 4 Abs. 6 Nr. 1 g)</b></p> <p>Ich empfehle, hier das Einvernehmen mit der UNB vorzusehen, da es sich bei solchen Bäumen durchaus um Fledermausquartiere handeln kann.</p> <p><b>§ 4 Abs. 6 Nr. 1 h)</b></p> <p>Diese Regelung bedarf eines Einvernehmens, jedoch ist nicht angegeben mit wem dieses herzustellen ist.</p> <p><b>§ 4 Abs. 6 Nr. 2</b></p> <p>Ein Vorgriff auf zukünftige Entwicklungen ist rechtlich höchst problematisch, da das Gebot der Bestimmtheit verletzt wird und keine ausreichende Rechtssicherheit für betroffene Flächeneigentümer gegeben ist. Ein solcher Vorgriff bedeutet letztlich eine nachträgliche Änderung der Erhaltungsziele und eine Rückwirkung auf Verbotstatbestände. Eine Anpassung an sich zukünftig entwickelnde Verhältnisse sollte über eine spätere Änderung der Verordnung erfolgen. Ich empfehle</p>	<p>Wird berücksichtigt, soweit nicht schon im Text enthalten.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>daher dringend, diese Regelung zu streichen.</p> <p><b>§ 4 Abs. 6 Nr. 2 e)</b></p> <p>Die hier freigestellte Entwicklung eines vorhandenen LRT in einen anderen im Schutzzweck aufgeführten LRT ist für die dort genannten und konkret in diesem Gebiet vorkommenden LRT sinnlos, da ökologisch nicht möglich oder zumindest höchst unwahrscheinlich. Sollte durch diese Regelung beabsichtigt sein die Vorgaben aus Anlage B.I.12. des Walderlasses zu erfüllen, so empfehle ich dortige Formulierung zu übernehmen. Anderenfalls empfehle ich, diese Regelung ersatzlos zu streichen.</p> <p><b>§ 4 Abs. 7 Nr. 1 b) und e)</b></p> <p>Ich empfehle, zumindest in der Begründung zur Verordnung, zu definieren, was eine „<i>erhebliche</i>“ Beeinträchtigung des Wasserabflusses bedeutet, da die Formulierung so zu unbestimmt ist.</p> <p><b>§ 4 Abs. 8 Nr. 2</b></p> <p>Hier ist von „<i>wesentlichen</i>“ Veränderungen die Rede. Auch in diesem Fall empfehle ich, zumindest in der Begründung zur Verordnung genau darzulegen, was darunter zu verstehen ist, um eine ausreichende Bestimmtheit der Formulierung zu erreichen.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p><b>§ 4 Abs. 8 Nr. 3 c)</b></p> <p>Bei den aufgeführten Bäumen handelt es sich zunächst einmal nur um Gattungen und die Formulierung ist so zu ungenau. Ich empfehle daher, die geläufigen deutschen Artnamen zu präzisieren und die wissenschaftlichen Artnamen zu ergänzen.</p> <p><u>Gewässerkundlicher Landesdienst</u></p> <p>Der Gewässerkundliche Landesdienst weist darauf hin, dass für die Meiße am 13.06.2018 das Überschwemmungsgebiet vorläufig gesichert wurde und daher darauf zu achten ist, dass die Bestimmungen des § 78 WHG in Verbindung mit § 116 NWG eingehalten werden.“</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>13) 13.07.2018</p>	<p>“Wir erheben hiermit Einspruch gegen die durch die Schutzgebietsausweisung als Landschaftsschutzgebiet bedingten Beschränkungen meiner forst-, land-, und jagdwirtschaftlichen Flächen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe
3738	1	11/1	11518,0
3738	1	12	132572
3738	1	9/1	11556,0
3738	1	10	6554,0

Mit der Unterschutzstellung unserer oben genannten Flächen ist eine ordnungsgemäße land-, forst-, und jagdwirtschaftliche Nutzung dieser eingeschränkt bzw. nicht mehr möglich. Wir fordern daher das unsere Flächen nicht über die EU Forderung, der staatlichen Unterschutzstellung von Natura 2000 Gebieten hinaus mit Auflagen belegt werden bzw. die ordnungsgemäße land- forst- und jagdwirtschaftliche Nutzung frei zu stellen. Auch muss der schadlose Wasserabfluss der Meiße, des Bruchgrabens und dem Südkanal gewährleistet bleiben.

Der jetzige Verordnungsentwurf stellt für uns einen erheblichen Eingriff in unser Eigentum dar, welcher weit über die Sozialpflichtigkeit hinausgeht, da er nicht unerhebliche finanzielle Einbußen bedeutet und uns in unserer freien Entfaltung einschränkt. Zur weiteren

Die im vorliegenden Fall festgelegten Regelungen sind ausweislich der Begründung zur Sicherung des hier betroffenen Natura 2000-Gebietes im Teil des Heidekreises erforderlich. Die land- und forstwirtschaftliche Nutzung ist weitestgehend freigestellt. Die forstwirtschaftliche Nutzung ist in einem Rahmen von Einschränkungen weiterhin möglich, wie sie bereits aktuell angewendet und durch die Bekanntgabe der nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope (Bekanntgabe am 04.20.1992) vorgegeben ist.

Eine Einschränkung über die Sozialbindung des Eigentums hinaus ist nicht erkennbar.

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Begründung möchten wir folgende Punkte anführen.</p> <p>Die EU Forderung zur staatlichen Unterschutzstellung der Natura 2000 Gebiete ist auf unseren Flächen bereits erfüllt, da hier das LSG Westenholzer und Esseler Bruch die Flächen bereits schützt und jede Verschärfung, die über die Forderung der EU hinausgeht lehnen wir ab.</p> <p>Die Fichte ist, entgegen des Verordnungsentwurfs des Landkreises, laut des Dokuments des NLWKN „Bewertung Erhaltungszustand FFH-Lebensraumtypen Niedersachsen – März 2012 (Korr. Feb. 2015)" im Aller-Weser-Flachland als Gebietsheimisch zu betrachten.</p> <p>Die Forderung gern. § (6) Nr. 1 d geht zu weit, da z. B. der Unterschutzstellungserlass (2015) die Verwendung/Einbringung von 10-20 % nicht lebensraumtypischer Baumarten bei künstlicher Verjüngung (s. auch Baumartenanteile in den Beschreibungen der einzelnen LRT) erlaubt.</p>	<p>Der Grundschutz des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ entspricht den Anforderungen an eine Sicherung der Natura 2000-Ziele nicht. Da das geplante LSG nur einen sehr kleinen Teil der Fläche des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ einnimmt wäre es unverhältnismäßig, alle weiteren Flächeneigentümer des bestehenden LSG mit einer Änderung und allen zugehörigen Nebenbestimmungen zu belasten.</p> <p>Die Fichte neigt in dem betroffenen Naturraum zu starker Naturverjüngung und stellt damit ein Risiko für den Erhaltungszustand der LRT´s 9190, 91D0 und 91E0 dar.</p> <p>Da die LRT zur Zeit nahezu frei von lebensraumfremden Hauptbaumarten sind, ergäbe sich durch die Zulassung von 10-20% Fremdholz eine naturschutzfachliche Verschlechterung sowie eine unzulässige Verschlechterung des Teilkriteriums der Baumartenzusammensetzung. Daher muss an dieser Stelle über den Walderlass hinausgegangen werden.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Der § 2 (2) Nr.9 sollte der Wahrheit angepasst werden und sollte wie Folgt lauten: „die Erhaltung der Kulturlandschaft und des ungestörten Landschaftsbildes“.</p> <p>Die Freistellung von dem Betrieb von Drohnen muss die Forst und Jagd hinzugefügt werden da dies zum Monitoring und zum Erkennen von Schadereignissen notwendig sein könnte.</p> <p>Die Schlechterstellung von bleihaltiger Jagdmunition lehnen wir ab, da wir die tierschutzgerechte Tötung von Wildtieren mit bleifreier Munition nicht als belegt sehen.</p>	<p>Wie mit Erlass vom 16.07.2018 durch MU dargelegt, handelt es sich beim Unterschutzstellungserlass um Minimalstandards, deren Erweiterung im Einzelfall erforderlich sein kann und zulässig ist.</p> <p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Es handelt sich in vorliegendem Fall um ein kleines Gebiet, welches durch Wege sehr gut erschlossen ist. Schadereignisse können vom Weg oder als Grundeigentümer auf der Fläche sehr gut lokalisiert werden. Hingegen stellt der Einsatz von Drohnen ein erhebliches Störungspotenzial für Brut- und Gastvögel dar, welche im VSG maßgeblicher Schutzgegenstand sind.</p> <p>Die teils tödliche Wirkung von bleihaltiger Munition auf Seeadler ist hinreichend bekannt. Auch im Heidekreis sind bereits Seeadler an Bleivergiftungen gestorben. Die festgelegten Regelungen sind zumutbar, eine Änderung erfolgt daher nicht.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Die nicht notwendigen und über die Absicht des Landes Niedersachsens hinausgehenden Auflagen für die Forstwirtschaft welche in §4 (6) Nr.1 aufgeführt sind und auch außerhalb von wertbestimmenden LRTs gelten sollen, lehnen wir ab. Abgesehen davon, dass dies nicht der Absicht des Landes entspricht soll dieser Eingriff in unser Eigentum auch nicht ausgeglichen werden.</p> <p>Die Einschränkung nur in der Zeit vom 01.09. – 29.02. Holzwerbung durchzuführen und dies mit einer Ankündigungsfrist von 21 Tagen kommt einer Flächenstilllegung gleich, da Trockenperioden nicht genutzt werden können und langanhaltende Forstperioden selten eine 21 tägige Vorankündigung zulassen.</p> <p>Diese Nutzungseinschränkung würde dazu führen, dass die flächig vorhandene spätblühende Traubenkirsche bestandsbildend wird.</p> <p>Die vorgeschriebenen Rückegassenabstände von 40m widersprechen der vorhanden Holzernetechnik und führen zu extremen Kostensteigerungen bei der Holzwerbung, die nicht ausgeglichen werden.</p> <p>Alle Punkte in §4 (6) widersprechen dem Grundsatz des</p>	<p>Die in § 4 Abs. 6 Nr.1 festgelegten Maßnahmen dienen der Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung des Schutzzwecks für den Teil des Natura 2000-Gebietes und sind erforderlich.</p> <p>Die Nutzung ist in der Zeit vom 01.09. – 28/29. 02. möglich. Im September ist erfahrungsgemäß nach trockenen Sommern die beste Befahrbarkeit verdichtungsempfindlicher Böden gegeben, weshalb eine Ausweitung des Erntezeitraums in die Brut- und Aufzuchtzeit sowie die Wochenstubenzeit nicht erforderlich ist. Zu Forstzeiten ist die Nutzung freigestellt. Der Bedarf der Regelung ist in der Begründung ausgeführt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Hierbei handelt es sich um eine Mindestforderung des Walderlasses.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Verschlechterungsverbots in FFH Gebieten, da hier ein Zwang zur Verbesserung herbeigeführt wird, welcher nicht einmal in der landeseigenen Anstalt, den Niedersächsischen Landesforsten, das Ziel ist.</p> <p>Für uns ist es nicht Akzeptabel, dass wir die Bekämpfung von nicht standortheimischen Pflanzen und Gehölzen durch die Naturschutzbehörde auf unseren Flächen dulden müssen. Dies wird dadurch verstärkt, dass unklares Vokabular benutzt wird und wir die Gefahr sehen, dass dies auch die Bekämpfung von Wirtschaftsbaumarten wie Fichte (nach dem NLWKN gebietsheimisch), Kiefer, Lärche oder Douglasie bedeuten könnte.</p> <p>In den folgenden Punkten sind wir nur indirekt betroffen, diese zeigen jedoch, dass die ausarbeitende Stelle zum Teil scheinbar nicht im Sinne des Landes, des Bundes bzw. der EU arbeitet.</p> <p>Wie in der Verordnung für das Aller Leine Tal, ist die Gebietskulisse des Thörener Bruchs über die an die EU gemeldete Fläche erweitert worden.</p> <p>Es wurden für das Gebiet zusätzliche über den Standarddatenbogen hinausgehend zwei prioritäre Lebensraumtypen ausgewiesen (9190 und 3260). Dies könnte sich später nachteilig in der Wertschöpfung auswirken.</p>	<p>s.o.</p> <p>Sofern eine erhebliche Verschlechterung des Zustandes der FFH-Lebensraumtypen zu verzeichnen ist, besteht für die Bundesrepublik, also für den Heidekreis im Vollzug die Verpflichtung, den günstigen Zustand wieder herzustellen. Die Maßnahmen werden im Einzelfall abgewogen und angekündigt sowie angeordnet.</p> <p>Es ist nicht erkennbar, wo dies der Fall sein soll.</p> <p>Der LRT 9190 wurde durch den NLWKN mit Schreiben vom 24.07.2016 als signifikantes Vorkommen ergänzt.</p> <p>Der Hinweis zu LRT 3260 wird berücksichtigt, weil es sich nach der Basiserfassung nur um ein</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Die Einschränkung in der Gewässerunterhaltung könnten zum Totalverlust der urbar gemachten Fläche führen und das in § 2 (2) Nr.9 als Schutzzweck definierte Ziel des Landschaftsbildes mit den offenen Flächen der Kulturlandschaft gefährden (die offenen Flächen sind Elementar für die Vogelarten). Eine Unterhaltung und Instandsetzung bereits vorhandener Gräben oder Fließgewässer sollte in Anhalt an die Musterschutzgebiets-VO grundsätzlich weiterhin erlaubt sein, auch ohne eine zusätzliche Erlaubnis durch die Untere Naturschutzbehörde .</p> <p>Das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung der Wege des LSG wird hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht an potentiell ausgewiesenen Wegen abgelehnt. Sollte eine Ausschilderung und damit eine Besucherlenkung stattfinden, bestehen wir darauf, dass dies im Rahmen eines Freizeitweges gemäß des NWaldLG umgesetzt wird und die Verkehrssicherungspflicht auf die Kommune übergeht.</p> <p>Leider hat die ausarbeitende Stelle nicht eindeutiges Vokabular verwendet. Wir bitten zu klären und uns mitzuteilen was mit folgenden Begrifflichkeiten gemeint ist:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- nicht standortsheimische Waldkomplexe</li></ul>	<p>Entwicklungsstadium handelt.</p> <p>Der Wasserabfluss ist durch die Freistellung der Gewässerunterhaltung gesichert.</p> <p>Es besteht die gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung des LSG.</p> <p>Siehe Begründung, wird soweit Ergänzungsbedarf</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht Standortheimische Gehölze</li> <li>- gebietsfremde Pflanzen- und Gehölzarten</li> <li>- teilweise invasive Pflanzen und Gehölzarten (abschließende Liste zum heutigen Datum)</li> <li>- Futterplätze</li> <li>- natur- und landschaftsgerechte Forstwirtschaft</li> <li>- standortheimische Arten</li> <li>- schützenswerte Lebensräume“</li> </ul> <p>(zum Teil siehe Stellungnahme Graas-Plesse GbR)</p>	<p>besteht berücksichtigt.</p>
<p>1.Stellungnahme 13.07.2018</p>	<p>„Hiermit erhebe ich Einspruch gegen im folgenden aufgeführte Punkte der neuen Verordnung, betreffend meiner Fläche Gemarkung Engehausen Flurstück 2/1 der Flur 1,Gesamtgröße 9,2056 ha {Ackernutzung 5,3622 ha).</p> <p>Beregnungsverbot</p> <p>Ein Beregnungsverbot hätte gravierende Folgen, gerade in trockenen Jahren, auf den Ertrag und wäre wirtschaftlich ein starker Einschnitt.</p>	<p>Bestehende rechtmäßige Genehmigungen sind nicht von den Verboten betroffen.</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Gülleausbringung</p> <p>Für meinen Betrieb ist es wirtschaftlich nicht zumutbar kurzfristig, eine komplett neue Technik zur Gülleausbringung anzuschaffen. Und baulich besteht auch keine Möglichkeit große Fahrzeuge der Lohnunternehmer an den Stall heranfahren zu lassen.</p> <p>Geflügelmistausbringung</p> <p>Es wäre sinnvoll, den auf meinem Betrieb anfallenden Geflügelmist auf der Fläche ausbringen zu dürfen.“</p>	<p>Im Sinne der Verhältnismäßigkeit wird eine Übergangsfrist aufgenommen, welche sich an der Gülleverordnung orientiert.</p> <p>Da die Keimbelastung aus diesem Betrieb tatsächlich im Gebiet ankommt, wird die Regelung angepasst.</p>
<p>15) 13.07.2018</p>	<p>“Grundsätzlich begrüßt der UV Meiße die Entscheidung, den Teil des FFH-Gebietes Nr. 91 "Meißendorfer Teiche und Ostenholzer Moor" sowie das Vogelschutzgebiet Nr. V31 "Ostenholzer Moor und Meißendorfer Teiche" als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen.</p> <p>Als Unterhaltungspflichtiger des Meiße-Gewässersystems 2. Ordnung ist jedoch aus unserer Sicht eine <u>weitere bzw. erneute</u> Reglementierung der Gewässerunterhaltung der Meiße im Rahmen der Schutzgebietsverordnung nicht nachvollziehbar. Die auszuweisenden <b>FFH-</b> bzw. Vogelschutzgebiete sind keine fließgewässerabhängigen Schutzgebiete, die Meiße somit bisher nicht im Besonderen wertbildend für den Schutzgebietscharakter als andere</p>	<p>Hat sich nach Gespräch am 03.08.18 erübrigt.</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Fließgewässer im Gebiet.</p> <p>Daneben hat der UV Meiße als Körperschaft öffentlichen Rechts im Rahmen seiner hoheitlichen Aufgaben diese bereits jetzt naturschonend auszuführen und für einen günstigen Erhaltungszu-stand der Fließgewässer zu sorgen. Dies ist auch schon hinlänglich gesetzlich geregelt (u.a. Pflege und Entwicklung, Artenschutz, Verschlechterungsverbot, Verbesserungsgebot).</p> <p>Zum Vorordnungstext und Inhalt selbst sind folgenden Hinweise/Anmerkungen zu berücksichtigen:</p> <p>§3 Abs. (3) Nr. 1.: „...ist es untersagt... das Gebiet abseits der Wege zu betreten oder zu befahren</p> <p>Im Rahmen der Gewässerunterhaltung muss ein Befahren (Kontrollfahrten) für den UV und seiner Beauftragten freigestellt sein.</p> <p>§3 Abs. (3) Nr. 7.: „...ist es untersagt...mit Wasserfahrzeugen aller Art die Meiße zu befahren,“</p> <p>Im Rahmen der Gewässerunterhaltung muss ein Befahren mit dem Mähboot sowie mit dem Kanu (Kontrollfahrten) freigestellt sein.</p> <p>§3 Abs. (4) Nr. 1.: „...ist es untersagt...gemäß Wasserhaushaltsgesetz genehmigungs- oder</p>	<p>s.o.</p> <p>Ist freigestellt gem. § 4 Abs. 1 Nr. 2b.</p> <p>Das Befahren der Meiße zum Zwecke der Räumung ist freigestellt, wird aber in der Begründung klargestellt.</p> <p>Ein Einvernehmensvorbehalt wird ergänzt. Renaturierungen sind gem. § 4 abs. 1 Nr. 3 freigestellt.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>zustimmungspflichtige Maßnahmen durchzuführen,"</p> <p>Dies würde auch genehmigungspflichtige Fließgewässerentwicklungsmaßnahmen betreffen.</p> <p>Diesem Absatz sollte hinzugefügt werden: Renaturierungsmaßnahmen sind hiervon ausgenommen.</p> <p>§3 Abs. (4) Nr. 8.: "...ist es untersagt...an Gewässern Abwehrmaßnahmen gegen fischende, wildlebende Tiere zu treffen."</p> <p>Abwehrmaßnahmen zur Bekämpfung von gebietsfremden und invasiven Arten (hier insb. Bisam, Nutria, Kamber- und Signalkrebs) müssen davon ausgenommen sein.</p> <p><i>§ 3 Abs. (5) Nr. 6.: "...ausgenommen von dem Verbot ist der Fang von Bisamen (<i>Ondatra zibethicus</i>) mit Fallen, „."</i></p> <p>Die Ausnahme muss ebenfalls für die gebietsfremden bzw. invasiven Arten Nutria (<i>Myocastor coypus</i>) sowie Signal- (<i>Pacifastacus leniusculus</i>) und Kamberkreb (Orconectes limosus) gelten. Ggf. ist es sinnvoll den Fang von gebietsfremden, invasiven Arten insgesamt freizugeben, auch um zukünftig auf Problemarten reagieren zu können.</p> <p>§4 Abs. (5) Nr. 3 c): "entlang der Meiße <u>ohne Nutzung</u> eine Uferrandstreifens von mind. 5 m ab</p>	<p>Wird ergänzt um die Einschränkung, dass dies nur für Arten gilt, welche im Schutzzweck benannt sind.</p> <p>Wird angepasst, s.o.</p> <p>Das Befahren des Uferstreifens zum Zwecke der Unterhaltung ist freigestellt, es erfolgt eine Ergänzung in</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Diese muss zeitlich an die jährlich wechselnden Verhältnisse (Witterung, Nährstoffbelastung, Krautwachstum) angepasst werden. Ziel ist immer möglichst nur eine Krautung der Meiße im gesamten Jahr durchzuführen.</p> <p>Zu 1. e) und 1 g):</p> <p>Diese stehen einander entgegen, da die hier genannte Mittelrinnenmahd (richtigerweise Mittelrinnenkrautung) immer eine Krautung darstellt. Zudem ist die <u>Einschätzung</u>, ob der Wasserabfluss <u>erheblich</u> beeinträchtigt wird, in Verbindung mit dem Einvernehmen der Naturschutzbehörde fraglich. Diese Einschätzung, ob der Wasserabfluss erheblich beeinträchtigt wird, liegt seit jeher im Verantwortungsbereich eines Unterhaltungsverbandes. Da dies zu unseren gesetzlichen Aufträgen gehört, muss die Einschätzung der Abflussverhältnisse uneingeschränkt Aufgabe des Unterhaltungsverbandes bleiben.</p> 	<p>Wird berücksichtigt, in Nr. 1e wird der Begriff Entkrautung gestrichen, in Nr. 1g wird Mittelrinnenmahd durch Stromstrichkrautung ersetzt.</p>
16) 12.07.2018	„Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die durch die Schutzgebietsausweisung als Landschaftsschutzgebiet bedingten Beschränkungen unserer forst- und jagdwirtschaftlichen Flächen.“	

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“)

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe
Essel	1	43/2	38.233 m <sup>2</sup>
Essel	1	42/1	11.369 m <sup>2</sup>
Essel	1	21/1	58.140 m <sup>2</sup>

  

<p>Die neue Schutzgebietsverordnung zum Thörener Bruch stellt einen erheblichen Eingriff in mein Eigentum dar und geht weit über die Sozialpflichtigkeit hinaus. Ich sehe mich mit hohen finanziellen Einbußen konfrontiert, die in keinerlei Weise ausgeglichen werden. Zudem schränken mich die Auflagen der VO (Verordnung) in meiner freien Betriebsentfaltung und -entwicklung ein. Ich bezweifel, dass bei dem VO-Entwurf die Verhältnismäßigkeit, sowie die Wahl des mildesten Mittels ausreichend berücksichtigt wurden.</p> <p>Die geplante Schutzgebiets-VO geht teilweise deutlich über die EU-Forderungen der staatlichen Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten hinaus. Hier sei vor allem Dingen das Ziel der langfristigen Wiedervermessung der Flächen genannt. Wenn der Wasserabfluss der Meiße, des Bruchgrabens und des Südkanals sowie der Nebenbäche und -gräben nicht weiterhin gewährleistet wird, führt dies teilweise zum Totalverlust der urbar gemachten Flächen. Für die auferlegten Einschränkungen in der Bewirtschaftung der</p>	<p>Nach einschlägiger Rechtsprechung gehen die Regelungen nicht über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinaus.</p> <p>Das ist nicht der Fall. Die Regelungen entsprechen den für die vorkommenden Arten und LRT in Leitfäden dargelegten Inhalten.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Flächen fehlen leider wirtschaftliche Folgeabschätzungen, sowie ein Anreiz durch finanzielle Ausgleiche.</p> <p>Des Weiteren fordere ich das Gutachten der Kartierung an, da ich Zweifel an der Existenz der beschriebenen LRT habe.</p> <p>Außerdem weise ich darauf hin, dass bereits ein LSG, das „Westenholzer und Esseler Bruch“ existiert, dass einen Grundschutz gewährleistet. Die von der EU geforderte Gebietsabgrenzung sowie die Erhaltungszustände der LRT müssten lediglich ergänzt werden.</p> <p>Der Landkreis Heidekreis hat den Entwurf zur Verordnung über das Landschaftsgebiet „Thörerner Bruch“ in der Samtgemeinde Schwarmstedt auf den Weg gebracht.</p> <p>Das geplante LSG hat nach den vorliegenden Unterlagen eine Größe von ca. 135 ha: nach meinen Informationen sind davon ca. 75 ha Waldfläche, von denen sich die Fläche laut oben stehender Tabelle in meinem Besitz befindet. Das geplante LSG „Thörener Bruch“ ist m. E. kein neues Landschaftsschutzgebiet, es ist Teilfläche des seit 1978 bestehenden LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“.</p> <p>Da ich mit einem Teil meiner Waldflächen innerhalb des LSG liege, beschränken sich meine Anmerkungen auf die</p>	<p>Das Gutachten ist nach dem UIG auf Antrag einsehbar.</p> <p>Der Grundschutz des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ entspricht den Anforderungen an eine Sicherung der Natura 2000-Ziele nicht. Da das geplante LSG nur einen sehr kleinen Teil der Fläche des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ einnimmt, wäre es unverhältnismäßig, alle weiteren Flächeneigentümer des bestehenden LSG mit einer Änderung und allen zugehörigen Nebenbestimmungen zu belasten.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>enthaltenen Ausführungen, die sich auf Waldflächen beziehen.</p> <p>Rechtliche Grundlage für die Umsetzung und Sicherung der FFH-Gebiete sind neben dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes (NAGBNatSchG) dazu, in erster Linie der Unterschutzstellungserlass von MU und ML („Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnung“) von 2015, sowie ein weiterer gemeinsamer Erlass von MU und ML („Unterschutzstellung von Wald in Natura 2000-Gebieten“) nebst umfangreichem Leitfaden vom 19. Februar 2018.</p> <p>In dem vorliegenden Verordnungsentwurf finden sich unter § 4 „Freistellungen“ im Absatz 6 Punkt 1 (a-1) umfangreiche Einschränkungen und Vorgaben, die sich auf alle Waldflächen innerhalb des geplanten LSG „Thörener Bruch“ beziehen.</p> <p>Wenn ich auch mit dem einen oder anderen Unterpunkt kein Problem hätte, so geht der Landkreis Heidekreis hier meines Erachtens eindeutig über die inhaltliche Festsetzung des Unterschutzstellungserlasses hinaus. Die dortigen Vorgaben beziehen sich immer auf Waldflächen mit wertbestimmenden Lebensraumtypen (LRT) und nicht auf Waldflächen ohne LRT. Da in der vorliegenden</p>	<p>Der Unterschutzstellungserlass beschreibt diejenigen Maßnahmen, welche zur Sicherung der Lebensraumtypen in der Regel mindestens notwendig sind, um das Schutzziel zu erreichen. Der Walderlass spricht keine Regelungen für Biototypen aus, welche nicht als FFH-Lebensraumtypen aber als gem. § 30 Bundesnaturschutzgesetz zu schützende Wälder anzusprechen sind. Der Walderlass legt auch keine</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Verordnung jedoch alle Waldflächen gemeint sind, sind die Vorgaben für die Waldflächen ohne LRT zu streichen, mindestens jedoch neu zu fassen.</p> <p>Besonders krass fallen hier das generelle Verbot von Kalkungsmaßnahmen oder einer (flächigen) Bodenbearbeitung, sowie bei künstlicher Verjüngung das Verbot der Verwendung der Baumarten Fichte, Douglasie, Lärche oder Roteiche ins Auge. Letzterer Punkt ist besonders zu kritisieren, da selbst in wertbestimmenden Wald-Lebensraumtypen ein Anteil von 10 – 20% selbst der genannten Baumarten erlaubt wären.</p> <p>Unter § 4 Abs. 6 Punkt 2 der Verordnung werden dann weitere Einschränkungen und Vorgaben für Waldflächen mit wertbestimmenden LRT's gemacht. Auch hier der</p>	<p>sonstigen dem Schutzzweck eines LSG dienenden Maßnahmen fest, die über die FFH-Ziele hinaus aber dem Bundesnaturschutzgesetz folgend zu sichern sind.</p> <p>Im vorliegenden Fall handelt es sich bei denjenigen Waldflächen, welche kein FFH-LRT sind, zu einem großen Anteil um Erlenbruchwälder, welche gem. § 30 BNatSchG geschützt sind. Die für deren Erhaltung notwendigen Maßnahmen werden in der LSG-Verordnung aufgenommen. Weitere erhebliche Anteile der „Nicht-LRT´s“ sind Laubwaldjungbestände, deren Entwicklung hin zu § 30-Biotopen und FFH-LRT´s begonnen hat. Zur Vermeidung einer Verschlechterung wurden die hier festgelegten Regelungen aufgenommen. Die lediglich zwei mit Fichte bestockten Flächen können unbeschadet bis zur Endnutzung entwickelt werden und sind erst im Anschluss im Sinne des Schutzzwecks langfristig zu entwickeln. Kalkung und flächige Bodenbearbeitung beeinträchtigen die abiotischen Verhältnisse eines Moores weitreichend und sind im LSG nicht mit dem Schutzzweck vereinbar.</p> <p>Der Ausschluss lebensraumfremder Baumarten ist erforderlich, weil diese in den LRT´s aktuell so gut wie</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Hinweis, dass der Landkreis Heidekreis deutlich über die Vorgaben des Erlasses hinweggeht, wenn er beispielweise unter dem Punkt b) die ausschließliche Verwendung lebensraumtypischer Baumarten vorgibt (s. o.).</p> <p>Einen weiteren Punkt, der mich beunruhigt, möchte ich noch ansprechen. Unter § 6 „Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen“ wird unter Punkt 2 gesagt, dass Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer „in schützenswerten Lebensräumen die Bekämpfung nicht standortheimischer Pflanzen und Gehölze“ zu dulden hätten. Da der Landkreis Heidekreis offensichtlich die Baumarten Fichte, Douglasie, Lärche oder Roteiche als „nicht standortheimisch“ einordnet, öffnete diese Klausel aus unserer Sicht mögliche Eingriffe, die ich aus Eigentümersicht strikt ablehnen muss. Da der Begründung zur LSG- Verordnung auch zu entnehmen ist, dass eine Entwicklung der Waldflächen ohne LRT hin zu Waldflächen mit LRT angestrebt wird, gilt meine Sorge also für alle Waldflächen im geplanten LSG „Thörener Bruch“. Es ist seitens des Landes Niedersachsen deutlich formuliert worden, dass gerade auch mit Blick auf die zukünftig zu fertigenden Pflege-, Entwicklungs- und Managementpläne, diese nur in Absprache und im Einvernehmen mit den jeweiligen Flächeneigentümern zu entwickeln und umzusetzen sind; hier wird darin auch noch einmal auf das mögliche</p>	<p>nicht vorkommen und die Einbringung von 10-20 % Fremdbaumarten eine Verschlechterung eines Teilkriteriums bei der Bewertung des Erhaltungszustandes bewirken würde.</p> <p>Gem. § 6 Abs. 2 der Verordnung sind die Grundstückseigentümer vor Durchführung jeglicher Maßnahmen zu informieren.</p> <p>Sofern eine Verschlechterung der Lebensraumtypen einsetzt, kann es erforderlich sein, den Anteil von lebensraumfremden Baumarten in Wäldern zu reduzieren. Die Maßnahmen werden entsprechend der rechtlichen Anforderungen abgestimmt und im Einzelfall angeordnet. Andernfalls droht das Schutzziel verfehlt zu werden.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Instrument des Vertragsnaturschutzes verwiesen. Ein solcher Hinweis fehlt leider gänzlich in dieser Verordnung.</p> <p>Eine Anmerkung noch zur forstlichen Bewirtschaftung:</p> <p>Die standörtlichen Verhältnisse im Bereich der Waldflächen des geplanten LSG "Thörerener Bruch" haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten, nicht zuletzt auf Grund der vorhandenen Entwässerungssituation, deutlich verändert. Darauf hatte auch die forstliche Bewirtschaftung der Waldflächen entsprechend zu reagieren.</p> <p>Ich möchte hiermit der Einschätzung des Landkreises Heidekreis deutlich widersprechen, dass die Einschränkungen der vorgelegten LSG-Verordnung "Thörener Bruch" nicht über die Sozialpflicht des Eigentums hinausgingen. Darüber hinaus ist anzumerken, dass für die erheblichen Einschränkungen der LSG-Verordnung keine Ausgleichszahlungen gemäß Erschwernisausgleichs-Verordnung beantragt werden können; in einem Naturschutzgebiet mit gleichen Einschränkungen wäre dies hingegen möglich.</p>	<p>s.o.</p> <p>Die Grundeigentümer wurden in einem Abstimmungsverfahren darüber informiert, dass die Ausweisung eines NSG im Gegensatz zur Ausweisung eines LSG die Zahlung eines Erschwernisausgleichs auslösen würde. Die Mehrheit der Eigentümer hat sich dennoch bewusst für die Ausweisung eines LSG ausgesprochen. In der Konsequenz entfällt nun der Erschwernisausgleich, was hingenommen werden muss.</p>
<p>17) 16.07.2018</p>	<p>„Wir weisen darauf hin, dass unsere Aufgaben die Gewässerunterhaltung, die Gewässerentwicklung sowie die Beregnung von landwirtschaftlichen Flächen sind.</p>	

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Diese dürfen durch das o.g. Vorhaben (vorher, während und auch nachher) nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Zu § 3 Abs. 4:</p> <p>Aus Sicht der Wasser- und Bodenverbände ist die Formulierung nicht vertretbar, da die Beantragung und evtl. Genehmigung von genehmigungs- oder zustimmungspflichtigen Maßnahmen gem. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) durch eine Verordnung nicht untersagt werden darf.</p> <p>Die Brunnen 139 und 140 liegen in dem vorgesehenen LSG sowie die Brunnen 265, 268 und 307. Sie können durch ihre Absenktrichter, Einfluss auf den Grundwasserstand im LSG nehmen. Diese Brunnen sind genehmigt und besitzen eine wasserrechtliche Erlaubnis, die besagt, dass Grundwasser zum Zwecke der Feldberegnung entnommen werden darf. Ferner muss das Recht von erdverlegten Bewässerungsrohren weiterhin erlaubt bleiben (siehe bestehende LSG-Verordnung). Genehmigungen durch Verordnungen zu untersagen, ist nicht gesetzeskonform. Die Brunnen haben einen Wert und tragen zur Wertschöpfung der betroffenen Unternehmen bei; der Verlust muss ausgeglichen werden. Die Begründungen unter Punkt 3,11.) sind zum Teil Behauptungen, die nicht belegt sind. Diese Brunnen werden seit ca. 20 Jahre betrieben. Eine Beregnung fand bereits vor der Ausweisung des FFH- Gebietes dort</p>	<p>Eine Schutzgebietsverordnung kann einer Genehmigung nach dem WHG entgegenstehen, weshalb die Regelungen nicht zu beanstanden sind.</p> <p>Rechtmäßige bestehende Genehmigungen genießen Bestandsschutz und werden von der LSG-Ausweisung nicht tangiert.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>statt.</p> <p>Aus Sicht des Beregnungsverbandes Schwarmstedt-Hodenhagen haben die o.g. Brunnen Bestandsschutz.</p> <p>Die Gewässerunterhaltung ist eine hoheitliche Aufgabe von Wasser- und Bodenverbänden bzw. Unterhaltungsverbänden. Sie darf durch eine LSG-Verordnung nicht so eingeschränkt werden, dass der ordnungsgemäße Wasserabfluss nicht mehr gewährleistet werden kann. Untersagungen bzw. starke Einschränkungen der Gewässerunterhaltung würden zur Vernässung der umliegenden Flächen führen.</p> <p>Einschränkungen wie z. B., dass nur auf Wege gefahren werden darf, sind nicht zu akzeptieren, da die Gewässer nicht parallel zu den Wegen verlaufen (es müsste unter § 4 Abs. 1, Satz 2b noch konkretisiert werden) sowie die Untersagung von Abwehrmaßnahmen gegen wildlebende Tiere (Nutria).</p> <p>Eine Hochmahd und das Mahdgut nicht im Böschungsbereich zu belassen funktioniert nicht. Man kann 15 cm stehenlassen, aber beim Herausharken wird der Aufwuchs heruntergestriegelt. Wenn im Uferrandstreifen nicht mehr gemäht werden darf, wird dieser verbuschen und die Gewässerunterhaltung ist von der Landseite nicht mehr</p>	<p>Der Wasserabfluss wird durch die Freistellungen in § 4 Abs. 7 der VO sichergestellt.</p> <p>Das Befahren ist gem. § 4 Abs. 1 Nr. 2b der VO hinreichend klar freigestellt.</p> <p>Die Böschungsmahd kann wechselseitig erfolgen, so dass die Gewässerunterhaltung gewährleistet ist. Die Entnahme des Mahdgutes ist erforderlich, um die Nährstofffrachten im Gewässer zu minimieren.</p> <p>Entsprechend des Leitfadens des NLWKN (Artenschutz und Gewässerunterhaltung, Seite 29) scheinen die</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>möglich.</p> <p>Sollten diese Zustände absichtlich herbeigeführt werden, muss dieses Vorhaben beantragt und von der „Untere Wasserbehörde“ in ihrer Zuständigkeit, zumindest plangenehmigt werden.</p> <p>Für diese Vernässung lehnt der Verband jede Haftung gegenüber den Verbandsmitgliedern und auch Dritten ab.</p> <p>Ferner sollen Unterhaltungsarbeiten ggf. auch Grundräumungen mit der UNB abgestimmt und ein Einvernehmen hergestellt werden, wenn der Wasserabfluss erheblich beeinträchtigt ist. Das WHG besagt, dass der ordnungsgemäße Wasserabfluss (siehe unten Auszug WHG) jederzeit <u>gewährleistet sein muss</u>. Diese Aufgaben obliegen dem Unterhaltungspflichtigen.</p> <p>Die Zuständigkeiten (Fachrecht) sind gesetzlich geregelt und müssen auch von einer Einheitsbehörde, wie es der Landkreis Heidekreis ist, eingehalten werden.</p> <p>Das Betreiben der Beregnungsbrunnen in der Vegetationszeit muss gewährleistet sein.“</p>	<p>festgelegten Maßnahmen umsetzbar.</p> <p>Die Wahrung des Wasserabflusses muss gewährleistet werden. Um dies sicherzustellen, stehen den Unterhaltungspflichtigen verschiedene technische Möglichkeiten zur Verfügung. Um im jeweiligen Einzelfall das für das LSG verträglichste Mittel auswählen zu können, ist über die freigestellten Regelungen hinaus das Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde herzustellen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

<p>18) 16.07.2018</p>	<p>Allgemeine Hinweise:</p> <p>Die LSG-Verordnung ist vom Aufbau her mit einer NSG-Verordnung identisch. Zuerst werden Verbote ausgesprochen, die anschließend mit Freistellungen gelockert werden. Aus diesem Grund wird angeregt, die Verordnung als NSG-Verordnung zu erlassen, bzw. den Aufbau der Verordnung nach dem typischen Prinzip für LSG-Verordnungen umzubauen.</p> <p>Die waldfachlichen Belange innerhalb einer Verordnung müssen nach den Vorgaben des Erlasses „Unterschutzstellung von N2000-Gebieten im Wald durch NSG-Verordnung“ (VORIS 28100) vom 21.10.2015 i.V.m. dem Erlass 22005_12_01_09-09 vom 19.02.2018 (Leitfaden) abgearbeitet werden. Der Erlass gilt ausschließlich für die Waldflächen innerhalb des Schutzgebietes, welche einen LRT darstellen.</p> <p>Die Erlassregelungen wurden in dem vorgelegten Entwurf jedoch teilweise auf alle Waldflächen angewendet. Diese Vorgehensweise ist nicht erlasskonform und sollte daher überarbeitet werden (z.B. Kahlschlagsregelung).</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Mindestanforderungen des Walderlasses wurden für die LRT's in die VO eingearbeitet.</p> <p>Der Unterschutzstellungserlass beschreibt diejenigen Maßnahmen, welche zur Sicherung der Lebensraumtypen in der Regel mindestens notwendig sind, um das Schutzziel zu erreichen. Der Walderlass spricht keine Regelungen für Biotoptypen aus, welche nicht als FFH-Lebensraumtypen aber als gem. § 30 Bundesnaturschutzgesetz zu schützende Wälder anzusprechen sind. Der Walderlass legt auch keine sonstigen dem Schutzzweck eines LSG dienenden</p>
---------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p><b>Spezielle Hinweise:</b> Zu § 2 (4): Der LRT 9190 kommt hier laut dem Standarddatenbogen nicht vor.</p> <p>§3(5) 8: Die Alt-Verordnung aus diesem Bereich enthält bereits Regelungen zu diesem Punkt. Es wird empfohlen diese bestehenden Recht zu übernehmen.</p>	<p>Maßnahmen fest, die über die FFH-Ziele hinaus aber dem Bundesnaturschutzgesetz folgend zu sichern sind.</p> <p>Im vorliegenden Fall handelt es sich bei denjenigen Waldflächen, welche kein FFH-LRT sind, zu einem großen Anteil um Erlenbruchwälder, welche gem. § 30 BNatSchG geschützt sind. Die für deren Erhaltung notwendigen Maßnahmen werden in der LSG-Verordnung aufgenommen. Weitere erhebliche Anteile der „Nicht-LRT´s“ sind Laubwaldjungbestände, deren Entwicklung in zu § 30-Biotopen und FFH-LRT´s begonnen hat. Zur Vermeidung einer Verschlechterung wurden die hier festgelegten Regelungen aufgenommen. Die lediglich zwei mit Fichte bestockten Flächen können unbeschadet bis zur Endnutzung entwickelt werden und sind erst im Anschluss im Sinne des Schutzzwecks langfristig zu entwickeln.</p> <p>Der LRT 9190 wurde durch den NLWKN mit Schreiben vom 24.07.2016 als signifikantes Vorkommen ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>§4(4) 1: Nach dieser Formulierung wäre der Einsatz von Schusswaffen zur Ausübung der Jagd verboten. Es wird empfohlen hier anders zu formulieren. Im Zusammenhang mit den Regelungen in diesem Absatz wird auf den Erlass zur Jagd in Naturschutzgebieten (Gem. RdErl. d. ML u. d. MU v. 7.8.2012 – VORIS Nr. 79200) mit der Bitte um dessen inhaltliche Berücksichtigung verwiesen. Auch die jagdlichen Beschränkungen bedürfen eines direkten Bezuges zum Schutzzweck. Dieser Bezug kann aus der Begründung nicht nachvollziehbar entnommen werden.</p> <p>§4(6)1: Da es sich hier um Nicht-LRT's handelt, können hier nicht die Regelungen aus dem Unterschutzstellungserlass und dem Leitfaden angewendet werden und bedürfen einer besonders stichhaltigen Begründung nach BNatSchG. Momentan weichen die Regelungen hier deutlich davon ab. Es wird daher empfohlen alle Unterbuchstaben bis auf H zu streichen.</p> <p>§4(6)2b: Diese Regelung geht über die Erlassregelungen hinaus. Bis zu 20% nicht lebensraumtypische Baumarten können hier beigemischt werden. Die Begründung gibt keine Hinweise warum die Verschärfung der Erlassvorgaben notwendig ist und welche rechtliche Grundlage es dafür gibt.</p> <p>§4(6)2d: Laut Erlass können hier drei Altholzbäume</p>	<p>Es wird zur Klarstellung ergänzt: „Bei der Fallenjagd nur unter Verwendung....“</p> <p>S.O.</p> <p>S.O.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>gefordert werden, mit sechs Bäumen geht der Entwurf deutlich über die Sozialbindung hinaus.</p> <p>§4(6)2e: Sollte hiermit eine Waldumwandlung nach §8 NWaldLG gemeint sein, wird empfohlen diesen Punkt zu streichen. Eine Waldumwandlung ist nach NWaldLG zu prüfen. Der Verordnungsentwurf sollte in den genannten Punkten überarbeitet werden um mit den geltenden Erlassen konform zu sein. Die waldfachlichen Belange sind bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden.</p>	<p>Da die Bechsteinfledermaus als Schutzzweck aufgeführt wurde, entspricht die Regelung dem Erlass.</p> <p>Die Festlegungen der VO berühren die Anforderungen des NWaldLG an eine Umwandlungsgenehmigung nicht.</p>
<p>19) 17.07.2018</p>	<p>Im Rahmen der Ausweisung des o. g. Landschaftsschutzgebietes werden die Belange der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr -Geschäftsbereich Verden- mit der Zuständigkeit für die Bundesautobahn 7 Hamburg - Hannover sowie für die Landesstraße 180 Essel/Celle nicht berührt, somit bestehen gegen die o. g. Ausweisung keine Bedenken.</p>	
<p>20) 17.07.2018</p>	<p>Nach Durchsicht des Entwurfes zum LSG „Thörener Bruch“ vom 17.05.2018 nehmen wir wie folgt Stellung: § 3 Abs. (4) Nr. 1: Genehmigungs- oder zustimmungspflichtige Maßnahmen nach WHG müssen u. E. auch durchführbar bleiben, da der Landkreis als Einheitsbehörde (und somit auch die Untere</p>	<p>S.o., Einvernehmensvorbehalt wird eingefügt.</p>

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Wasserbehörde) bei seinen Entscheidungen auch immer die Naturschutzbelange zu berücksichtigen hat.</p> <p>§ 3 Abs. (4) Nr. 2 Bestehende Erlaubnisse zur Grundwasserentnahme müssen Bestand haben, insbesondere auch wenn diese Entnahmen z. B. für Beregnung außerhalb des Gebietes erfolgt.</p> <p>§ 3 Abs. (4) Nr. 7 Temporäre Schlitzdränungen werden nur in Extremsituationen von den Landwirten vorgenommen, wenn die Gefahr droht, dass die bestellten Kulturen oder die Grasnarbe durch Wasserüberstau vernichtet werden. In diesen wenigen Fällen sollte die Schlitzdränung weiterhin möglich bleiben. Ein gewisser Sedimentaustrag ist durch die SD leider nicht zu vermeiden aber u. E. auch vom Naturschutz, Gewässerschutz tolerierbar.</p> <p>§ 3 Abs. (5) Nr. 1 Zusätzliche Luftstickstoffeinträge mit erheblichen Auswirkungen auf die FFH-Lebensraumtypen werden z. B. bei Stallbaumaßnahmen bereits durch die Ammoniakrichtlinie verhindert. Ein über die Ammoniakrichtlinie hinausgehendes Verbot von Luftstickstoffeinträgen würde u. E. jegliche Investitionen in Tierhaltungsanlagen auch außerhalb des LSG verhindern und überschreitet somit das Gebot der Verhältnismäßigkeit.</p> <p>§ 3 Abs. (5) Nr. 2 Das Verbot gesetzlich geschützte Biotope erheblich zu</p>	<p>S.o., soweit zum Zeitpunkt der Verordnungsgebung rechtmäßige Genehmigungen bestehen, genießen diese Bestandsschutz.</p> <p>Vor allem für die hier wertgebenden Fisch- und Libellenarten ist ein Sedimenteintrag über das ohnehin schon hohe Maß an Einträgen in der Meiße hinaus nicht zu tolerieren und stellt in jedem Fall ein erhebliches Risiko für die Fisch- und Libellenbrut dar. Da die Äcker im LSG drainiert sind und die Meiße sowie der Südkanal und der Bruchgraben eine erhebliche Entwässerung bewirken, ist eine zusätzliche Schlitzdränung nicht zwingend erforderlich.</p> <p>Das Verbot ist zum Schutz der Lebensraumtypen erforderlich. Dabei sind Einträge soweit verboten, dass sie auf den jeweiligen LRT erheblich negativ wirken müssen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>beeinträchtigen gilt nicht für Biotope nach § 30 Abs. 5 BNatSchG.</p> <p>§ 3 Abs. (5) Nr. 5 Die totale Ablehnung der Gentechnik ist politisch derzeit en Vogue – entbehrt jedoch einer wissenschaftlichen Grundlage. Schon heute können Saatgutverunreinigungen (mit gentechnisch veränderter Saat durch Importware) nicht ausgeschlossen werden. In Zukunft wird die Gentechnik in der Pflanzenzüchtung eine immer größere Rolle spielen. Da es sich hier um landwirtschaftliche Kulturen handelt, die auf Ackerflächen angebaut werden, sehen wir auch keinen Zusammenhang mit den Schutzziele der Landschaftsschutz-Verordnung. Somit geht ein derartiges Verbot weit über den Schutzzweck im LSG hinaus – wir bitten um Streichung des Passus.</p> <p>§ 3 Abs. (5) Nr. 7 Nicht heimische, gebietsfremde Arten als Kulturpflanzen im Ackerbau sind hiervon auszunehmen.</p> <p>§ 4 Abs. (5) Nr. 2 a) 5 m Gewässerrandstreifen Uns ist bekannt, dass das Verbot einen 5 m breiten Randstreifen von Grünland an Gewässern zu bewirtschaften, durch ein hochrichterliches Urteil bereits unter die Sozialpflichtigkeit des Eigentums fällt. Auf Ackerflächen ist dieses Urteil nicht zu übertragen. Hier gilt ein 1 m Streifen von der Gewässeroberkante. Weitergehende Verbote sind u. E. ausgleichspflichtig und können nicht einseitig zu Lasten der Landwirtschaft gehen. Zudem ist ein 1 m Randstreifen bei entsprechender Ausbringungstechnik vollkommen</p>	<p>Im vorliegenden Schutzgebiet ist die Landwirtschaft von diesem Verbot freigestellt.</p> <p>s.o.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Das Verbot ist ausweislich der Begründung erforderlich, um Einträge von Nährstoffen und Sedimenten aus Oberflächen- und Sickerwasser zu vermeiden. Darüber hinaus dient die Maßnahme der Entwicklung eines Randstreifens als Lebensraum der wertgebenden Arten, hier vor allem Braunkehlchen, Fischotter und Grüne Keiljungfer.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>ausreichend um PS-Mitteleinträge ins Gewässer sowie Düngereinträge zu verhindern.</p> <p>§ 4 Abs. (5) Nr. 3 c: das Verbot der Grünlandnutzung entlang eines Uferrandstreifens von mind. 5 m ist zulässig sollte jedoch aus folgendem Grund überdacht werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Möglich Drainageausläufe müssen freigehalten werden – insbesondere bei Gehölzaufwuchs.</li> <li>2. Auf dem Uferrandstreifen werden sich in kürzester Zeit Weiden- und Erlengesellschaften entwickeln. Damit wird ein geregelter Hochwasserabfluss zunehmend behindert. Vernässungsschäden auf landw. Kulturen und angrenzenden Grünlandflächen nehmen zu.</li> <li>3. Eine ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer wird nicht mehr möglich sein – eine manuelle Pflege des Gewässers ist nicht bezahlbar.</li> </ol> <p>Wir nehmen wohlwollend zur Kenntnis, dass keine weiteren einschneidenden Bewirtschaftungseinschränkungen auf Acker- und Grünlandflächen vorgesehen sind.“</p>	<p>Wird berücksichtigt, Änderung wie folgt:</p> <p>„entlang der Meiße in einem Uferrandstreifen von mindestens 5 m ohne Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Düngemitteln sowie mit einem einmal jährlichen Pflegeschnitt ab dem 01.08. eines Jahres....“</p>
<p>21) 17.07.2018</p>	<p>Wir begrüßen die angemessene Freistellung der (Angel-) Fischerei des § 4 (3) von den allgemeinen Verboten der Verordnung, die Bestimmungen zur Erhaltung und naturnahen Entwicklung der Meiße sowie zur naturschutzgerechten Gewässerunterhaltung sowie die dem Wasser- und Gewässerschutz dienenden</p>	

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Schutzbestimmungen außerordentlich.</p> <p>Zum § 3 (4) Nr. 8 der Schutzbestimmungen und dem dort ausgesprochene Verbot „<i>an Gewässern Abwehrmaßnahmen gegen fischende, wildlebende Tiere zu treffen</i>“ sehen wir jedoch die Notwendigkeit einer Klarstellung und Ergänzung / Korrektur: Es ist nicht klar definiert und es wird auch an keiner Stelle erläutert, was unter „<i>fischenden, wildlebenden Tieren</i>“ zu verstehen ist. Aus dem Schutzzweck / bzw. der Aufzählung der wertgebenden Vogelarten nach Art. 4 Abs. 1 (Anhang II) der VSR abzuleiten wären ggf. und möglicher Weise die Arten Seeadler und Schwarzstorch (Im Übrigen begrüßen wir natürlich die Schutzbemühungen für den Schwarzstorch und den Seeadler ausdrücklich). <u>Nicht</u> aus dem Schutzzweck abzuleiten wäre beispielsweise die Art <u>Kormoran</u>.</p> <p>Für das Verbot von Abwehrmaßnahmen fehlt im VO-Text und im Begründungstext jegliche Erläuterung und Begründung. Das führt zu einer unklaren Auslegung der dieser Schutzbestimmung unterliegenden Arten. Mutmaßlich soll damit auch der Kormoran dieser Schutzbestimmung unterliegen, was jedoch nicht durch den Schutzzweck begründet wird und mangels Nennung im Schutzzweck auch nicht begründet sein kann.</p> <p>Weiterhin ist gem. § 4 (4) der LSG-VO die Jagd auf und die Vergrämung des Kormoran keinen Einschränkungen</p>	<p>§ 3 Abs. 4 Nr. 8 wird zur Klarstellung wie folgt geändert:</p> <p>„an Gewässern Abwehrmaßnahmen gegen fischende Tierarten zu treffen, welche gem. § 2 der Verordnung dem Schutzzweck unterliegen.“</p> <p>Erübrigt sich durch o.g. Änderung.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>unterworfen. Gemäß der <i>Niedersächsische Kormoranverordnung (NKormoranVO) vom 9. Juni 2010, neu gefasst durch Verordnung vom 15.12.2016 (Nds. GVBl. S. 306)</i> ist „zur Abwendung erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden und zum Schutz der natürlich vorkommenden Tierwelt“ und „nach Maßgabe des Absatzes 3 und der §§ 2 bis 5 allgemein zugelassen, Kormorane (<i>Phalacrocorax carbo</i>) abweichend von § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG durch <u>Abschuss zu töten</u>“. Weiterhin gilt nach § 1 (2) NKormoranVO: „Zur Abwendung erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden und zum Schutz der natürlich vorkommenden Tierwelt wird abweichend von § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG nach Maßgabe des Absatzes 3 und der §§ 2 und 3 allgemein zugelassen, dass Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter des Gewässers einer Teichwirtschaft oder eines oberirdischen Gewässers, in dem ein Fischereirecht nach § 1 Abs. 1 des Niedersächsischen Fischereigesetzes (Nds. FischG) besteht, Kormorane <u>vergrämen</u>.“</p> <p>Da gem. § 6 Nr. 2 der NKormoranVO das Töten und Vergrämen von Kormoranen in dem geplanten LSG aus den o. g. Gründen <u>nicht</u> „zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines nach § 32 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG ausgewählten Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann“ wäre ein allgemeines Tötungs- und Vergrämungsverbot nicht</p>	s.o.
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>hinreichend begründet.</p> <p>Wir rügen daher, dass hier in dem vorliegenden Entwurf der Schutzgebietsverordnung nach unserer Auffassung gegen das verfassungsrechtliche Gebot hinreichender Bestimmtheit verstoßen wird, so dass eine klare und eindeutige Nachvollziehbarkeit der getroffenen Regelungsinhalte nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Um die aus der Unterschützstellung resultierenden Schutzgebote bewerten zu können, ist es jedoch entscheidend von Bedeutung, welche Arten dem „Abwehrverbot“ des § 3(4) Nr. 8 unterliegen. Und auch für den Jagdberechtigten ist dies von entscheidender Bedeutung, um die aus der Unterschützstellung resultierenden Schutzgebote und -verbote beachten zu können und sein Verhalten im Landschaftsschutzgebiet entsprechend auszurichten.</p> <p>Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Niedersächsische OVG, Urteil vom 02.11.2010 - 4 KN 109/1, in dem u. a. ausgeführt wird: <i>Das aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitende Gebot der hinreichenden Bestimmtheit und Klarheit der Norm fordert vom Normgeber, seine Regelungen so genau zu fassen, dass der Betroffene die Rechtslage, d.h. Inhalt und Grenzen von Gebots- oder Verbotsnormen, in zumutbarer Weise erkennen und sein Verhalten danach einrichten kann. Der Normgeber darf dabei</i></p>	<p>s.o.</p> <p>s.o.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p><i>grundsätzlich auch auf unbestimmte Rechtsbegriffe zurückgreifen, wenn die Kennzeichnung der Normtatbestände mit beschreibenden Merkmalen nicht möglich ist. Die Auslegungsbedürftigkeit einer Norm steht ihrer Bestimmtheit nicht entgegen; allerdings müssen sich dann aus Wortlaut, Zweck und Zusammenhang der Regelung objektive Kriterien gewinnen lassen, die einen verlässlichen, an begrenzende Handlungsmaßstäbe gebundenen Vollzug der Norm gewährleisten. Die Erkennbarkeit der Rechtslage durch den Betroffenen darf hierdurch nicht wesentlich eingeschränkt sein und die Gerichte müssen in der Lage bleiben, den Regelungsinhalt mit den anerkannten Auslegungsregeln zu konkretisieren. Je intensiver dabei eine Regelung auf die Rechtsposition des Normadressaten wirkt, desto höher sind die Anforderungen, die an die Bestimmtheit im Einzelnen zu stellen sind (vgl. BVerfG, Ur. v. 27.7.2005 - 1 BvR 668/04 -, BVerfGE 113, 348, 375 f., Ur. v. 17.11.1992 - 1 BvL 8/87 -, BVerfGE 87, 234, 263; BVerwG, Ur. 9.6.2010 - 9 CN 1.09 -; ferner Gellermann, in Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Band IV, Stand: März 2010, § 22 BNatSchG, Rn 22).</i></p> <p>Wir schlagen deshalb vor, die vom § 3 (4) Nr. 8 des LSG-Entwurfs betroffenen Arten (mutmaßlich Schwarzstorch und Seeadler) zumindest im Begründungstext explizit zu nennen, um so hinreichende Rechtsklarheit zu schaffen und dem Gebot hinreichender Bestimmtheit zu entsprechen. Da diese</p>	<p>s.o.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	Arten aber auch ohne die LSG-Verordnung den sehr strengen Schutzbestimmungen des § 44 (1) BNatSchG unterliegen (wie z. B. ein Vergrämungsverbot), wäre ein zusätzliches Abwehr-Verbot durch die LSG-Verordnung aber im engeren Sinne nicht erforderlich und würde keinen weiterführenden Schutz für diese Arten hervorrufen.“	
22) 2.Stellungnahme 18.07.2018	Wortgleich mit der Stellungnahme vom Forstgut Schmalhorn	s.o.
23) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn und Henning Finke	s.o.
24) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge	s.o.
25) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz	s.o.

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thöreener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

26) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe	s.o.
27) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller	s.o.
28) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn, Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller, Sigrid Cammann	s.o.
29) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller, Sigrid Cammann, Ingrid van Driel	s.o.
30) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller, Sigrid Cammann, Ingrid van Driel, Hildegard Kamlah	s.o.
31) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller, Sigrid Cammann, Ingrid van Driel, Hildegard Kamlah, Karl-Heinz Hildebrandt	s.o.
32)	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn ,	s.o.

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

18.07.2018	Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller, Sigrid Cammann, Ingrid van Driel, Hildegard Kamlah, Karl-Heinz Hildebrandt, Jürgen Karstens	
33) 18.07.2018	Wortgleich mit Stellungnahme Forstgut Schmalhorn , Henning Finke, Jürgen Oltrogge, Werner und Marie-Luise Birkholz, Ehler Imwiehe, Daniel Müller, Sigrid Cammann, Ingrid van Driel, Hildegard Kamlah, Karl-Heinz Hildebrandt, Jürgen Karstens, Jörg Karstens	s.o.
34) 18.07.2018	<p>„Betroffen bin ich mit meiner Eigentumsfläche Gemarkung Engehausen, Flur 1, Flurstück 6/2 mit 3,7758 ha; einer Waldfläche mit dazugehörenden Eigentumsrechten, sowie dem dazugehörenden Jagd- und Fischereirecht.</p> <p>Gegen den Verordnungsentwurf lege ich hiermit Widerspruch ein</p> <p><u>Grundsätzliche Einwendungen:</u></p> <p>1. Auslegung und Widerspruchsfrist im Sommer / Ernte- und Ferienzeit Aufgrund der vorangegangenen Aktivitäten für die geplante Schutzgebietsausweisung im Aller-Leinetal bin ich davon ausgegangen, dass sämtliche Gebietsausweisungen zusammen abgehandelt werden. Auslegungszeit und Vorgaben (Verweis auf Arbeitskreise ) weichen in diesem Fall ab.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>2. LSG Westenholzer und Esseler Bruch besteht.</p> <p>Das geplante LSG Thörener Bruch ist kein neues Landschaftsschutzgebiet. Es ist eine Teilfläche des seit 1978 bestehenden LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“. Eine Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen besteht seit 1978.</p> <p>3. Gutachten - Standortgegebenheiten</p> <p>Die Bewertungen des Gebietes beruhen (lt. Begründung zur Verordnung) auf Gutachten aus den Jahren 2004 und 2007. Die standörtlichen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Die Gutachten liegen 14 bzw. 11 Jahre zurück.</p> <p>An dieser Stelle beantrage ich Einsicht in die o.g. Gutachten</p> <p>4. Unterschutzstellungserlass von MU und ML (Unterschutzstellung von Natura 2000- Gebieten im Wald durch Naturschutzgebiets-VO von 2015)</p> <p>Erllass von MU und ML (Unterschutzstellung von Wald in Natura 2000-Gebieten) Leitfaden vom 19.02.2018</p> <p>Der Entwurf der Schutzgebietsausweisung geht über die die</p>	<p>Der Grundschutz des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ entspricht den Anforderungen an eine Sicherung der Natura 2000-Ziele nicht. Da das geplante LSG nur einen sehr kleinen Teil der Fläche des LSG „Westenholzer und Esseler Bruch“ einnimmt wäre es unverhältnismäßig, alle weiteren Flächeneigentümer des bestehenden LSG mit einer Änderung und allen zugehörigen Nebenbestimmungen zu belasten.</p> <p>Die Gutachten stellen den Ausgangszustand des FFH-Gebietes fest, welcher durch die Sicherung zu erhalten ist. Geländebegehungen der UNB haben zu der Erkenntnis geführt, dass die aktuelle Situation von den Daten nicht abweicht.</p> <p>Hierbei handelt es sich um eine Auskunft nach NUIG.</p> <p>Der Unterschutzstellungserlass beschreibt diejenigen Maßnahmen, welche zur Sicherung der Lebensraumtypen in der Regel mindestens notwendig sind, um das Schutzziel zu erreichen. Der Walderlass spricht keine Regelungen für Biotoptypen aus, welche nicht als FFH-Lebensraumtypen aber als gem. § 30</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Festsetzungen des Unterschutzstellungserlasses und über die EU Vorgaben hinaus. Gefordert ist lediglich die „Sicherstellung“ des Gebietes.</p> <p>In dem Verordnungsentwurf sind zudem zwei nicht im Standarddatenbogen aufgeführte Lebensraumtypen aufgeführt (LRT 3260 und 9191).</p> <p>Der Verordnungsentwurf hinterlässt den Eindruck, dass es dem Landkreis nicht nur um die Sicherstellung der bestehenden FFH- und Vogelschutzgebiete geht, sondern um eine allmähliche Renaturierung dieses Gebietes zu Lasten der Eigentümer.</p> <p>5.Wirtschaftliche / Soziale Einschätzung</p> <p>Spezielle Einwände - Forstwirtschaft - Gewässerunterhaltung</p> <p>- Die Bedingungen für den Wald und die Standortbedingungen für Baumarten haben sich wie beschrieben in den zurückliegenden Jahren verändert. Für die Erle ist der Boden zu trocken; die Humusbänder sind zusammengefallen, die Wurzelstöcke stehen ca. Im über</p>	<p>Bundesnaturschutzgesetz zu schützende Wälder anzusprechen sind. Der Walderlass legt auch keine sonstigen dem Schutzzweck eines LSG dienenden Maßnahmen fest, die über die FFH-Ziele hinaus aber dem Bundesnaturschutzgesetz folgend zu sichern sind.</p> <p>Der LRT 9190 wurde durch den NLWKN mit Schreiben vom 24.07.2016 als signifikantes Vorkommen ergänzt.</p> <p>Der Hinweis zu LRT 3260 wird berücksichtigt, weil es sich nach der Basiserfassung nur um ein Entwicklungsstadium handelt.</p> <p>Aus diesem Grund ist im Schutzzweck das Ziel der Wasserstandsanhhebung benannt.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Grund.</p> <p>Die Ergebnisse einer 2018 erstellten Waldinventur liegen vor und könnten für eine Bewertung genutzt werden.</p> <p>- Vorgaben zur Baumartenwahl</p> <p>Die Fichte gilt nicht als invasiv</p> <p>Die Invasivität der Douglasie ist nicht nachgewiesen</p> <p>Laut Verordnungsentwurf ist die künstliche Verjüngung unter der Verwendung von Fichte, Douglasie, Lärche und Roteiche verboten.</p> <p>Selbst in Wald-Lebensraumtypen ist ein Anteil von 10-20% erlaubt I</p> <p>- Rückegassen</p> <p>Der Rückegassenabstand von 40 m bedeutet einen erheblichen Anstieg des Aufwandes und der Kosten. Meine Waldflächen sind PEFC Zertifiziert. Die dortigen Standards von 20 m sollten beibehalten werden.</p> <p>- Holzentnahme</p>	<p>Der Ausschluss lebensraumfremder Baumarten ist erforderlich, weil diese in den LRT´s aktuell so gut wie nicht vorkommen und die Einbringung von 10-20 % Fremdbaumarten eine Verschlechterung eines Teilkriteriums bei der Bewertung des Erhaltungszustandes bewirken würde. Insbesondere die Arten Fichte und Douglasie breiten sich auf feuchten Standorten stark durch Naturverjüngung aus und stellen somit ein erhebliches Risiko für den Erhaltungszustand der LRT´s dar.</p> <p>Hierbei handelt es sich um eine Mindestforderung des Walderlasses.</p> <p>Die Nutzung ist in der Zeit vom 01.09. – 28/29. 02. möglich. Im September ist erfahrungsgemäß nach trockenen Sommern die beste Befahrbarkeit verdichtungsempfindlicher Böden gegeben, weshalb eine Ausweitung des Erntezeitraums in die Brut- und Aufzuchtzeit sowie die Wochenstubenzeit nicht erforderlich ist. Zu Forstzeiten ist die Nutzung</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Der Zeitraum für die Holzentnahme, abhängig von der Befahrbarkeit der Flächen, ist lt. forstfachlicher Beratung der Spätsommer. Das Zeitfenster 1.9.-28/29.2. ist zu eng gefasst.</p> <p>- Habitatbäume</p> <p>Die Anzahl der Habitatbäume - mit 6 Alt- und 2 Totholzbäumen ist zu hoch angesetzt. Es bedeutet einen unangemessen hohen Aufwand und Ertragsverlust.</p> <p>- Duldung</p> <p>Duldung der Bekämpfung nicht standortheimischer Pflanzen und Gehölze. Da der Landkreis die Baumarten Fichte, Douglasie, Lärche, Roteiche als nicht standortheimisch einstuft, widerspreche ich dieser Vorgehensweise.</p> <p>Veränderungen sind mit dem / der Eigentümer/-in grundsätzlich abzustimmen.</p> <p>- Freistellungen</p> <p>Das Betreten und Befahren durch den Eigentümer ....“ mit</p>	<p>freigestellt.</p> <p>Hierbei handelt es sich zum Schutz der Bechsteinfledermaus um die Mindestmenge gem. Walderlass.</p> <p>Gem. § 6 Abs. 2 der Verordnung sind die Grundstückseigentümer vor Durchführung jeglicher Maßnahmen zu informieren.</p> <p>Sofern eine Verschlechterung der Lebensraumtypen einsetzt, kann es erforderlich sein, den Anteil von lebensraumfremden Baumarten in Wäldern zu reduzieren. Andernfalls droht das Schutzziel verfehlt zu werden.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>dem Zusatz: „soweit dies unbedingt erforderlich ist“.</p> <p>Der Zusatz stellt einen Eingriff in ein Eigentumsrecht da und ist zu streichen. Hingegen behält sich die UNB das uneingeschränkte Betretungsrecht zur Erfüllung „dienstlicher Aufgaben“ vor.</p> <p>- Gewässerunterhaltung</p> <p>Zur Wahrung der Nutzung der Flächen gehört eine angemessene Erhaltung und Instandsetzung der Gewässer und der Uferzonen. Der Wasserabfluss muss gewährt werden. Dazu gehört eine befestigte Uferzone.</p> <p>Die Wasserentnahme zur Brandbekämpfung muss gewährleistet sein</p> <p>Abschließend möchte ich Frau Prof. Dr. Kreuter-Kirchhof zitieren. In der Zeitschrift Deutscher Waldbesitzer Ausgabe 3/18 äußert sie folgendes:</p> <p>„ Unsere Verfassung ist eine Verfassung der Freiheit: Sie gewährleistet das Eigentum in der Hand des Eigentümers und garantiert, dass der Eigentümer sein Eigentum besitzen und darüber verfügen darf. Gleichzeitig ist es Aufgabe des Gesetzgebers, Inhalt und Schranken des Eigentums zu bestimmen. Hierzu gehören die Regelungen des Naturschutzrechts.</p>	<p>Wird geändert wie folgt:</p> <p>„soweit dies zur Nutzung und Bewirtschaftung erforderlich ist.“</p> <p>Wird berücksichtigt. § 3 Bas. 4 Nr. 2 wird ergänzt: ...“Pumpen zur Versorgung von Weidevieh sowie zur Gefahrenabwehr im Brandfall unterliegen nicht dem Verbot.“</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>So bleibt uns die Regelung über den Vertragsnaturschutz. Ich bitte diese Alternative zu prüfen.“</p>													
<p>35) 18.07.2018</p>	<p>„ Hiermit lege ich Einspruch gegen die Verordnung über das LSG „Thörener Bruch“ in der Samtgemeinde Schwarmstedt im Landkreis Heidekreis ein. In dem betroffenen Gebiet bin ich Eigentümer der folgenden Wald-Flurstücke.</p> <table border="1" data-bbox="495 651 1285 772"> <thead> <tr> <th>Gemarkung</th> <th>Flurstück</th> <th>Bezeichnung</th> <th>Größe in ha</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Essel</td> <td>001-</td> <td>Bruch</td> <td>0,7732</td> </tr> <tr> <td>Essel</td> <td>001-</td> <td>Bruch</td> <td>0,7142</td> </tr> </tbody> </table> <p>Maßnahmen der Naturschutzbehörde, die nicht definiert werden, sind vom Eigentümer zu dulden (§6 (1) 2 und 3.). Damit kann die Behörde in meinem Wald tun, was sie will und z.B. Baumarten wie Fichte oder Douglasie entfernen (diese Kompetenzüberschreitung geht m.E. weit über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinaus, sie überschreitet mein Empfinden von Rechtsstaatlichkeit)</p> <p>Fichte und Douglasie werden als gebiets- und lebensraumfremde Arten bezeichnet. Dieses trifft insbesondere für die Fichte und auch für die Douglasie nicht</p>	Gemarkung	Flurstück	Bezeichnung	Größe in ha	Essel	001-	Bruch	0,7732	Essel	001-	Bruch	0,7142	<p>Gem. § 6 Abs. 2 der Verordnung sind die Grundstückseigentümer vor Durchführung jeglicher Maßnahmen zu informieren. Die Maßnahmen werden durch rechtsmittelfähigen Bescheid angeordnet.</p> <p>Sofern eine Verschlechterung der Lebensraumtypen einsetzt, kann es erforderlich sein, den Anteil von lebensraumfremden Baumarten in Wäldern zu reduzieren. Andernfalls droht das Schutzziel verfehlt zu werden.</p> <p>Fichte und Douglasie sind keine lebensraumtypischen Baumarten der wertgebenden LRT's.</p>
Gemarkung	Flurstück	Bezeichnung	Größe in ha											
Essel	001-	Bruch	0,7732											
Essel	001-	Bruch	0,7142											

## Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“)

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>zu.</p> <p>Als Grundeigentümer muss ich wirtschaftliche Einbußen dulden, für die es keinen finanziellen Ausgleich gibt. Einige wenige Grundeigentümer müssen für die Gesellschaft auf EIGENE Kosten Naturschutz betreiben. Die Gesellschaft bekommt den Naturschutz damit zum Nulltarif und fordert immer mehr, da sie bzw. viele Teile der Gesellschaft weder persönlich noch finanziell betroffen sind. So ist es einfach, Forderungen aufzustellen.</p> <p>Die Schutzbestimmungen in §3 und die Freistellungen in §4 betreffen das gesamte Gebiet und nicht nur die erwähnten Lebensraumtypen, die sich <i>nicht</i> in dem gesamten Gebiet wiederfinden lassen.</p>	<p>Die Grundeigentümer wurden in einem Abstimmungsverfahren darüber informiert, dass die Ausweisung eines NSG im Gegensatz zur Ausweisung eines LSG die Zahlung eines Erschwernisausgleichs auslösen würde. Die Mehrheit der Eigentümer hat sich dennoch bewusst für die Ausweisung eines LSG ausgesprochen. In der Konsequenz entfällt nun der Erschwernisausgleich, was hingenommen werden muss.</p> <p>Im vorliegenden Fall handelt es sich bei denjenigen Waldflächen, welche kein FFH-LRT sind, zu einem großen Anteil um Erlenbruchwälder, welche gem. § 30 BNatSchG geschützt sind. Die für deren Erhaltung notwendigen Maßnahmen werden in der LSG-Verordnung aufgenommen. Weitere erhebliche Anteile der „Nicht-LRT´s“ sind Laubwaldjungbestände, deren Entwicklung in zu § 30-Biotopen und FFH-LRT´s begonnen hat. Zur Vermeidung einer Verschlechterung wurden die hier festgelegten Regelungen aufgenommen. Die lediglich zwei mit Fichte bestockten Flächen können unbeschadet bis zur Endnutzung</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>Ein Rückegassenabstand von mindestens 40 Metern erhöht die Kosten der Holzwerbung und ist technisch schwierig umsetzbar.</p> <p>In jedem Gebiet (LSG oder NSG) muss die Entnahme von Wasser zur Brandbekämpfung möglich sein.</p> <p>Der Abfluss der Meiße und der anderen Fließgewässer muss weiterhin garantiert sein, da ansonsten ein Totalverlust der angrenzenden Ländereien (Wald, Acker, Grünland) droht.</p> <p>Holzentnahmen nach Kalamitäten oder Sturmschäden müssen schriftlich bei der Naturschutzbehörde angezeigt werden, die sich dann für eine Entscheidung 21 Tage Zeit lassen kann. Dieses ist nicht praxistauglich, da bei Frostperioden das Zeitfenster für eine bodenschonende Holzentnahme sehr gering ist</p> <p>Sind die Gutachten von 2004 und 2007 nicht zu alt, um als Grundlage für die aktuelle Unterschutzstellung zu dienen?</p> <p>Generell gehen viele Details in der Verordnung über die EU-Forderungen hinaus (Unterschutzstellungserlass von 2015: z.B. 10-20% nicht-LRT-typische Baumarten sind erlaubt). In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Leitfaden vom</p>	<p>entwickelt werden und sind erst im Anschluss im Sinne des Schutzzwecks langfristig zu entwickeln.</p> <p>Die Regelung ist der Umsetzung des Walderlass geschuldet.</p> <p>s.o.</p> <p>Die Gewässerunterhaltung ist in § 4 freigestellt.</p> <p>Die Naturschutzbehörde wird stets bemüht sein, schnellstmöglich zu reagieren. Aber auch für die UNB muss die Prüfung zeitlich angemessen sein.</p> <p>Deren Aktualität wurde durch die UNB überprüft.</p> <p>Der Unterschutzstellungserlass beschreibt diejenigen Maßnahmen, welche zur Sicherung der Lebensraumtypen in der Regel mindestens notwendig</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ausweisungsverfahren (Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Thörener Bruch“

Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Stand: 01.08.2018

	<p>19.02.2018 zur Unterschutzstellung von Wald in Natura 2000 - Gebieten verweisen, der gemeinsam vom niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz sowie dem niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als Richtschnur für Behörden und Waldbesitzern herausgegeben wurde und zeigen soll, wie die EU-rechtskonforme 1:1 Umsetzung aussehen soll. Die Inhalte dieses Schreibens bestätigen mich in der Meinung, dass der Landkreis Heidekreis mit vielen Details in dem Verordnungsentwurf weit über das von der EU geforderte Ziel hinausgeht und mich damit unverhältnismäßig und unnötig in meinen Eigentumsrechten beschränkt - ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen Konsequenzen.“</p>	<p>sind, um das Schutzziel zu erreichen. Der Walderlass spricht keine Regelungen für Biotoptypen aus, welche nicht als FFH-Lebensraumtypen aber als gem. § 30 Bundesnaturschutzgesetz zu schützende Wälder anzusprechen sind. Der Walderlass legt auch keine sonstigen dem Schutzzweck eines LSG dienenden Maßnahmen fest, die über die FFH-Ziele hinaus aber dem Bundesnaturschutzgesetz folgend zu sichern sind.</p>